

A-5144

Ost- EUROPA MARKT

22. Jahrgang

Heft 5/6

1942

Zeitschrift des Wirtschaftsinstituts für die Oststaaten

Königsberg (Pr) / Berlin

Herausgeber: Hans Jonas

Ost-Europa-Verlag, Königsberg (Pr) / Berlin W. 62

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Jahrgang 22, Heft 5/6, 1942

	Seite
Die Ukraine als wirtschaftliches Tätigkeitsfeld	
Von Dr. Friedrich Wahl, Rowno	77
Die Entwicklung der sowjetischen Viehwirtschaft	
Von Dr. Schünemann, Berlin	82
Die mittelasiatischen Gebiete der Sowjetunion	
Von Professor Hans Johansen, Institut für Ostforschung an der Universität Königsberg (Pr)	86
Ein Jahr Wirtschaftsaufbau im Generalbezirk Estland	
Von Dr. Olaf Boustedt, Leiter des Statistischen Amtes, Reval . . .	97
Kriegsreformen in China	
Von M. von Busch, Berlin	101
Osteuropäische Wirtschaftschronik	103

Die monatlich erscheinende Zeitschrift „Ost-Europa-Markt“ kostet vierteljährlich RM 4.—, Einzelheft RM 1.50. Für das Ausland RM 3.—, Einzelheft RM 1.10.

Herausgeber: Konsul Hans Jonas.

Schriftleitung und Verlag: Königsberg (Pr), Adolf-Hitler-Straße 6/8. Fernruf: Sammelnummer 344 22. Bankkonto: Stadtsparkasse, Königsberg (Pr), Stadthaus. Postscheckkonto: Königsberg 16 675

OST-EUROPA-MARKT

22. Jahrgang

1942

Heft 516

Die Ukraine als wirtschaftliches Tätigkeitsfeld

Von Dr. Friedrich Wahl, Rowno.

Mit der Begründung der Niederländischen Ostkompanie wird eine neue Phase in der Entwicklung der besetzten Ostgebiete sichtbar. Das gilt nicht nur für Gebiete, die — wie die baltischen Länder — von jeher zum deutschen Kulturraum gehörten. Ebenso sehr gilt es auch für die früheren Gebiete des Sowjetstaates, insbesondere für die Ukraine, die alte Kornkammer Europas, die von den Sowjets zur größten Waffenschmiede ihrer Weltherrschaftspläne ausgebaut wurde.

Die ersten Grundlagen für den Wirtschaftsaufbau des Landes hat noch die Wehrmacht geschaffen. Nur verhältnismäßig kurze Zeit hat sie in den Gebieten westlich des Dnjepr gewirkt, so daß der Hauptteil der Aufbauarbeiten der Zivilverwaltung verblieb. Mit dem Uebergang von der Militär- zur Zivilverwaltung haben die Aufbauziele jedoch im großen und ganzen keine Aenderung erfahren, denn auch die Tätigkeit der Zivilverwaltung steht seit Anbeginn voll und ganz im Dienst der Kriegführung. Wiederaufbau des Verkehrs- und Transportwesens, Versorgung der kämpfenden Truppe und der Heimat, das sind die Richtpunkte, die ihre gesamte Arbeit bestimmen. Auf sehr bedeutenden Arbeitsgebieten riß die Kontinuität der Arbeit beim Uebergang von der Militär- zur Zivilverwaltung überhaupt nicht ab. Das gilt u. a. für die Landwirtschaft.

Landwirtschaft.

Im organisatorischen Aufbau wurde die Verwaltung der Landwirtschaft den anderen Zweigen der Zivilverwaltung angepaßt. Beim Reichskommissar, bei den Generalkommissaren und Gebietskommissaren wurden Abteilungen Ernährung und Landwirtschaft geschaffen. Da die gesamte Landwirtschaftsverwaltung der Sowjets mit ihren Wirtschaftsverbänden auf die Oblasti, die alten russischen Gebiete, ausgerichtet war, mußte für eine gewisse Uebergangszeit noch eine besondere Landwirtschaftsverwaltung in den Oblaststädten als Außenstellen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft der Generalkommissariate erhalten bleiben. Der Einsatz deutscher Landwirtschaftsführer geht aber auch noch in die Verwaltungsstufen hinein, die in der allgemeinen Verwaltung in Händen ukrainischer Dienststellen liegen. So wurden in die Rayons Kreislandwirte eingesetzt. Eine weitere Intensivierung des deutschen Einsatzes bedeutet die Schaffung von Stützpunkten, von denen aus jeweils eine Gruppe von Dörfern bewirtschaftet wird.

4A

5722

Est.A

Bibliotheca
Universitatis
Tartuensis

1949.3.63

28037

527
A. 303
Für die praktische Arbeit bedient sich die Landwirtschaftsführung, soweit es irgend möglich ist, einheimischer Kräfte. So werden die Kreislandwirte und die Stützpunktleiter von ukrainischen Agronomen unterstützt, die über langjährige Erfahrungen in allen Zweigen der ukrainischen Landwirtschaft verfügten. Die MT-Stationen, die eine Zusammenfassung des landwirtschaftlichen Maschineneinsatzes darstellen, wurden nach Beseitigung der politischen Funktionen zu technischer Leistungsfähigkeit entwickelt. Unterstützt wurde die Landwirtschaft in ihren Arbeiten durch die vom Reich geschaffene „Zentralhandels-gesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf“, die die Landwirtschaft mit Betriebsmitteln und Gebrauchsgegenständen versorgt und andererseits die landwirtschaftliche Erzeugung übernimmt, um diese der Truppe und der Heimat zuzuführen. An dem Wiederaufbau des Maschinenbestandes der Landwirtschaft hat sie durch Heranführung neuer Maschinen und von Ersatzteilen einen nicht unbeachtlichen Anteil gehabt. Weiter hat sie die vorhandenen Verarbeitungsbetriebe landwirtschaftlicher Erzeugnisse übernommen und sie durch Einsatz geeigneter Firmen und Fachleute wieder leistungsfähig gemacht. Für die Versorgung der Truppe sind diese Betriebe nicht mehr wegzudenken, da durch ihren Einsatz der doppelte Transportweg der Roherzeugnisse in die Heimat und der Fertigfabrikate von der Heimat bis zur Ukraine eingespart werden kann.

Welche Leistungen dieser Einsatz deutscher Fachkräfte bewältigt hat, wurde nach der Bergung der Ernte und der Durchführung der Druschaktion im Winter besonders bei der Frühjahrsbestellung sichtbar. Infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit und der weitreichenden Zerstörungen, die die abziehenden Bolschewisten an Maschinen und Betriebsmitteln vorgenommen hatten sowie durch die Verschleppung von Menschen und Zugvieh waren einer Bestellung des Landes im Herbst Grenzen gesetzt. Nur im Generalkommissariat Wolhynien-Podolien, das noch im Frühh Herbst befriedet werden konnte, war eine fast vollständige Herbstbestellung gelungen. Der größte Teil der Bestellungsarbeiten mußte auf die Frühjahrsbestellung verschoben werden, die durch die starke Auswinterung eine beträchtliche Erweiterung erfuhr. Von vornherein war bei den Frühjahrsarbeiten mit Erschwerungen zu rechnen. In der Steppe geht die Austrocknung des Bodens nach der Schneeschmelze so rasch vor sich, daß der Zeitraum, der für die Bestellung zur Verfügung steht, auf fünf bis zehn Tage zusammenschrumpft. Der Bestand an Ackergeräten, Fahrzeugen und Maschinen konnte bis zum Frühjahr nicht voll wieder hergestellt werden. Das Bespannungsmaterial hatte durch den Krieg starke Verminderungen erlitten. Obendrein waren die verbliebenen Pferde während des Winters durch Straßenbauaufgaben so in Anspruch genommen worden, daß sie nicht ausgeruht eingesetzt werden konnten. Ernste Sorgen bereitete die Treibstoffversorgung infolge der Ueberlastung der Transportwege. Nur durch Beschreitung vieler Aushilfswege, wie die Einführung der Kuhbespannung, weitgehende Anwendung von Handarbeit, Anbau von Aushilfsfrüchten, wie Hirse und Buchweizen, die eine

weniger intensive Bearbeitung erfordern, konnten alle diese Schwierigkeiten gemeistert werden. Wenn auch in diesem Jahr nicht mit einer Normalernte gerechnet werden kann, ist doch das Ergebnis der Bestellung beachtlich. Insgesamt konnte mehr Land bestellt werden, als von der Landwirtschaftsverwaltung in vorsichtiger Planung vorgesehen war. Die bestellte Fläche der Gesamtukraine, soweit sie bisher in unserer Hand ist, umfaßt 70 %, die des Reichskommissariats Ukraine sogar 80 % des gesamten Ackerlandes.

Gut vorbereitet war die Saatversorgung, die zum größten Teil aus den Beständen des Landes gedeckt werden mußte. Trotz der teilweisen Doppelsaat war es möglich, 30 000 t Saatgut, insbesondere Erbsen, Sonnenblumen, Gerste, Hirse, Mais, Buchweizen, Wicken, Luzerne und Klee noch rechtzeitig dem Reich für die Frühjahrsbestellung zur Verfügung zu stellen. Durch diesen Beitrag der Ukraine konnte eine Fläche von rd. 1 Mill. ha deutschen Bodens bestellt werden.

Diese Ergebnisse sind nicht allein deutscher Organisationskraft, sondern ebenso sehr der richtigen Menschenführung zu verdanken. Besonderen Anteil an den Erfolgen hat zweifellos die Verkündung der neuen Agrarordnung durch den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Die selbständigen Betätigungsmöglichkeiten, die die neue Agrarordnung eröffnet, haben dem ukrainischen Bauern wieder Freude an seiner Arbeit gegeben.

Gewerblicher Aufbau.

Auch in der gewerblichen Wirtschaft hat die Arbeit in der Ukraine nicht geruht. Die Zerstörungsmöglichkeiten waren hier jedoch weit größer als in der Landwirtschaft. Kraftwerke, Kohlengruben und ein erheblicher Teil der industriellen Großbetriebe hatten stärkste Schädigungen erfahren, so daß die Grundlagen der gewerblichen Wirtschaft durch den zeitweiligen Ausfall von Energie-, Betriebs- und Rohstoffen erschüttert waren. Eine Gesamtinventur des industriellen Apparates war die Grundarbeit, die geleistet werden mußte, um darauf aufbauend, mit Aufräums- und Vorbereitungsarbeiten für eine künftige Ingangsetzung der Betriebe zu beginnen. Darin haben sich jedoch die gewerblichen Aufbauarbeiten keineswegs erschöpft. Bereits die Wirtschaftskommandos der Wehrmacht sind daran gegangen, stillliegende Betriebe im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten wieder in Gang zu setzen, durch Zusammenlegung von Betriebsteilen und Betriebsinventar verschiedener Werke neue Betriebe zu schaffen, um sie dem Truppenbedarf dienstbar zu machen. Bei geringfügigen Zerstörungen konnte durch Ersatzteilbeschaffung aus dem Reich oft Großes erreicht werden. Unter der Zivilverwaltung wurden diese ersten Ansätze systematisch ausgebaut. Erfahrene Betriebsführer wurden in die Betriebe eingesetzt oder sie wurden auch reichsdeutschen Firmen in treuhänderische Verwaltung übergeben. Der Initiative deutscher Fachleute ist es auch in scheinbar aussichtslosen Situationen gelungen, wieder neue Wege zu finden. So schien etwa in einem größeren Betrieb der Lederbranche durch das Fehlen von Gerbstoffen die

Stillegung unabwendbar. Da gelang es dem Betriebsführer, aus Abfällen, die noch aus der Zeit der Bolschewistenherrschaft auf dem Gelände des Betriebes lagerten, neue, brauchbare Gerbstoffe zu gewinnen. Beispiele dieser Art sind nicht vereinzelt geblieben. In den Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Betriebe haben die Betriebsführer auch tatkräftigste Unterstützung bei ihren ukrainischen Arbeitern und Angestellten gefunden, da die Einstellung des Betriebes für sie mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes verbunden war. Selbst an die Steigerung der beruflichen Leistungsfähigkeit der Gefolgschaft und an die Lehrlingsausbildung sind einzelne deutsche Betriebe bereits herangegangen.

Als Ersatz für die stark zurückgegangene Steinkohlenproduktion wurde der Braunkohlenabbau gefördert. Starke Erweiterung hat die Torfgewinnung erfahren. Das Zentralbüro für die Torfverwertung in Wolhynien-Podolien, das vor einiger Zeit in Rowno eröffnet wurde, hat insgesamt allein 89 Torfvorkommen mit 10 000 beschäftigten Arbeitern in Verwaltung genommen.

Soweit die Verarbeitung der im Lande vorhandenen Rohstoffe in der Ukraine nicht möglich war, wurden besondere Anstrengungen auf ihre Sicherstellung und ihren Abtransport in das Reich verwandt. Die für diesen Zweck tätigen Ostgesellschaften des Reiches wie die „Ostfaser G. m. b. H.“, die „Osterrfassungsgesellschaft für Häute und Felle“, die „Deutsche Rauchwaren G. m. b. H.“, haben Bedeutendes geleistet. Auch die Ergebnisse der Altmaterial- und Metallsammlung in der Ukraine sind nicht unbeachtlich geblieben. So sind im Generalkommissariat Wolhynien-Podolien bisher 312 t Kupfer und Messing abgeliefert worden, ohne daß die Sammlung bisher abgeschlossen worden wäre. Erheblich höher sind die Ergebnisse in den Industriebezirken der ehemaligen Sowjetukraine. Allein bis Ende Mai wurden in der Stadt Kirowograd über 520 t gesammelt. Mit der Erfassung der Rohstoffe und Waren konnten die Transportmittel nur schwer Schritt halten.

Nicht so schwer wie die Industrie wurde die handwerkliche Erzeugung durch die Kriegszerstörungen getroffen. Deshalb ist die Bedeutung des Handwerks, wenn es auch noch auf schmalerer Basis als in der Vorkriegszeit steht, erheblich gewachsen. Auch hier fehlt es zwar an Rohstoffen und die Betriebsmittel sind durchweg in einem Zustand, mit dem ein deutscher Handwerker kaum etwas anfangen könnte. Besonders schwer wiegen die Mängel in der Ausbildung der ukrainischen Handwerker, die seit Beginn der Sowjetherrschaft systematisch vernachlässigt worden ist. Durch die Neuordnung des Handwerks, die der Reichskommissar für die Ukraine befohlen hat, ist jedoch das Interesse der Handwerker, denen die Möglichkeit zum selbständigen Betrieb offensteht, erheblich gewachsen. Recht rege Anteilnahme haben die ersten Ansätze einer systematischen Lehrlingsausbildung in Meisterbetrieben oder öffentlichen Lehrwerkstätten gefunden. Die Handwerker haben sich auch Mühe gegeben, um die im Land vorhandenen Rohstoffe zu einem Ausbau ihrer Fertigung heranzuziehen.

Alle diese Möglichkeiten des gewerblichen Aufbaus sind bisher immer noch recht beschränkt. Soweit die deutschen Dienststellen der Ukraine nicht in der Lage waren, die Arbeitskräfte in den Betrieben des Landes nutzbringend einzusetzen, sind sie jetzt dem Deutschen Reich zur Verfügung gestellt worden. Bei dem wachsenden Arbeiterbedarf des Reiches ist damit zu rechnen, daß in Zukunft nur noch die lebenswichtigsten Betriebe in ihrer Produktion weiterlaufen werden. Auch mit der Abgabe der bedeutendsten Produktivkraft, nämlich des Menschen, leistet die Ukraine einen wichtigen Beitrag für den deutschen Sieg.

Handel.

Ein großzügiger Einsatz privater Wirtschaftsinitiative unter staatlicher Lenkung und Aufsicht läuft auf dem Gebiete des Handels an. Das Reichskommissariat wurde in Handelsbezirke aufgegliedert, in denen bisher 14 Sortimentsgroßhandelsfirmen ihre Tätigkeit aufgenommen haben. In Vorbereitung befindet sich die Ansetzung von sechs Baustofffirmen und vier Firmen des chemisch-pharmazeutischen Geschäftszweiges. Bei den Großhandelsfirmen handelt es sich um alte, angesehene Unternehmungen, von denen ein großer Teil über langjährige Kolonialerfahrungen verfügt und einige auch bereits im Rußlandgeschäft tätig waren. Zu ihrem Geschäftsbereich gehört die Versorgung der reichsdeutschen Zivilpersonen und der einheimischen Bevölkerung. Während die Firmen in der Reichsdeutschenversorgung bis in die Einzelhandelsstufe gehen, wird die einheimische Bevölkerung über die bestehenden Warenverteilungsapparate versorgt. Neben der Einfuhr von Waren aus dem Reich werden die Firmen sich im wesentlichen mit dem Absatz einheimischer Erzeugnisse befassen. Dabei wird ein reger Austausch zwischen den einzelnen Handelsfirmen zur Entwicklung kommen, um die standortgebundenen Erzeugnisse allen Landesteilen zugänglich zu machen. Auch an die Ausfuhr von hiesigen Gütern in das Reich ist gedacht. Die Beauftragungen der Firmen haben zunächst kommissarischen Charakter, um nach Kriegsende auch Großhändlern, die heute an der Front stehen, Gelegenheit zu einem Einsatz in der Ukraine zu geben.

Gerade für den Einsatz der Handelsfirmen ist der Aufbau des **Bankwesens**, der inzwischen vollzogen wurde, von Wichtigkeit. Neben der Zentral-Notenbank Ukraine, die demnächst die neue Währung, die auf Karbowanez lautet, herausgeben wird, sind die Wirtschaftsbanken inzwischen zu einem dichten Netz ausgebaut worden. Im Augenblick unterhalten die 16 Wirtschaftsbanken im Reichskommissariat Ukraine noch rd. 165 Filialbetriebe, während im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Süd acht Wirtschaftsbanken mit 100 Filialen errichtet wurden. Damit ist ein geregelter Zahlungsverkehr auch auf bargeldlosem Wege sichergestellt.

Mit der „Verordnung über die Vorschriften des deutschen Bürgerlichen, Handels- und Verfahrensrechts im Reichskommissariat Ukraine vom 20. Mai 1942“, die die Errichtung deutscher Handels-

gesellschaften, Genossenschaften und Vereine nach deutschem Recht zuläßt, sind **klare Rechtsgrundlagen** für eine wirtschaftliche Betätigung in der Ukraine geschaffen worden.

Was allein mit den Kräften der Verwaltung in der Ukraine getan werden konnte, ist im wesentlichen geschafft worden. Worauf es jetzt und in Zukunft ankommen wird, ist der Einsatz der Erfahrungen deutscher Fachleute und deutscher Firmen. Ansätze dazu sind sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie bereits vorhanden. Sie werden aber noch eine erhebliche Erweiterung erfahren müssen.

Der Uebergang von der staatlich betriebenen Wirtschaft zur staatlich gelenkten Privatwirtschaft ist heute bereits vollzogen worden. Auf Kriegsdauer wird zwar der Staat nicht darauf verzichten können, einen maßgebenden Einfluß auf das wirtschaftliche Leben zu behalten. Sollen aber die Produktivkräfte des Landes voll ausgeschöpft werden, so kann auf die wachsende Mitwirkung der deutschen Unternehmer nicht verzichtet werden. Schon heute steht jedoch fest, daß der Aufbau im Osten so große Kräfteanforderungen stellt, daß eine Anteilnahme des gesamten Europa nur erwünscht sein kann. Die Gründung der Niederländischen Ostkompanie, die als Bekenntnis zur hansischen Tradition der Niederlande zu werten ist, kann deshalb auch vom Standpunkt der Ukraine nur begrüßt werden.

Die Entwicklung der sowjetischen Viehwirtschaft.

Von Dr. Schünemann, Berlin.

Die Krise, die die sowjetische Landwirtschaft während der Kollektivierung unter der bolschewistischen Herrschaft durchgemacht hat, ging auch an der Viehwirtschaft nicht spurlos vorüber. Obgleich die Viehwirtschaft in der Sowjetunion längst nicht die Rolle wie in vielen anderen europäischen Staaten spielt, so läßt sich doch gerade an ihr die Wirkung der verschieden stark gehandhabten Kollektivierung erkennen. Als nach der Revolution die Landwirtschaft einigermaßen zur Ruhe kam und die Bauern durch die Neue Oekonomische Politik (NEP) manche Freiheiten erhielten, erholte sich der Viehbestand verhältnismäßig schnell, und am Ende der NEP-Zeit (1928), in der die private Viehhaltung keinen Beschränkungen unterlag, hatte der Bestand an Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen den Bestand des zaristischen Reiches von 1916 schon überflügelt. Dann aber setzte die gewaltsame Kollektivierung ein, von der auch die Viehwirtschaft betroffen wurde. Die Bauern, die gezwungen wurden, den Kolchosen beizutreten, sollten auch ihren Viehbestand an die Kolchosen abliefern. Denn die Sowjets hofften, durch die fabrikmäßige Haltung, in der sich die züchterischen Maßnahmen viel leichter als bei der zersplitterten Einzelhaltung durchführen zu lassen schienen, bald zu einer blühenden und ergiebigeren Viehhaltung zu kommen. Den Kolchosniken wurde nur eine

außerordentlich geringe Privatviehhaltung zugestanden. Aber die neuen Kolchosniken dachten gar nicht daran, ihr Vieh an den Kolchos abzuliefern, sondern schlachteten es, bevor sie in den Kolchos eintraten. So entstand dann ein sonderbarer Gegensatz: Je stärker die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt wurde, umso stärker sank der Viehbestand in der Sowjetunion (siehe Tabelle). 1933 war kaum noch die Hälfte des Bestandes von 1928 vorhanden. Der Rückgang der Viehhaltung wäre noch katastrophaler gewesen, wenn die Sowjets nicht gleichzeitig mit ungeheuren Mitteln den Viehbestand der Sowchosen (Staatsgüter) — insbesondere der Tierzuchtsowchosen — vermehrt hätten. Hier stieg der Viehbestand erheblich an. In den Sowchosen wurden gezählt:

	Rindvieh	Schweine	Schafe u. Ziegen
1929	204 000	54 000	1 203 000
1933	3 668 600	2 535 300	7 629 000

Da diese Vermehrung des Viehbestandes in den Sowchosen aber den allgemeinen Rückgang der Viehhaltung nicht aufzuhalten vermochte, entschlossen sich die Sowjets zu verschiedenen Maßnahmen. Zunächst wurde 1934 durch Beschluß des Plenums des Zentralkomitees der Partei bestimmt, daß alle Gemeinschaftsherden in den Kolchosen innerhalb eines einzigen Sommers zu Tierzuchtfarmen umgewandelt werden sollten. Dann wurde ein staatlicher Plan zur Entwicklung der Tierzucht ausgearbeitet, der eine Vermehrung der Viehbestände in den Sowchosen und Kolchostierzuchtfarmen vorsah, die Jungviehaufzucht den Sowchosen, Kolchosen und Einzelbauern zur Pflicht machte, und die Futtererzeugung steigern sollte. Aber diese in der Eile neugeschaffenen Unternehmen arbeiteten äußerst unbefriedigend; es fehlte vor allem an ausgebildetem Fachpersonal und an Futter. Wohl oder übel sahen sich die Sowjets nun gezwungen, von der reinen Form der Kollektivwirtschaft in der Viehhaltung abzugehen und von 1935 ab den Kolchosniken eine beschränkte Privatviehhaltung zu gestatten. Die Höchstzahl der Tiere in der privaten Viehhaltung wurde genau festgesetzt. Im allgemeinen durfte jeder Kolchosnik eine Kuh, bis zu zwei Stück Jungvieh, bis zu zwei Sauen, bis zu zehn Schafen und Ziegen neben dem Kleinvieh halten. In den ausgesprochenen Viehzuchtgebieten waren diese Zahlen wesentlich höher. Hier konnte eine Kolchosfamilie acht bis zehn Kühe und 100 bis 150 Schafe halten. Diese Lockerung des Kollektivzwanges und die Einschaltung des Privatnutzens wirkte wie ein Wunder. Von Jahr zu Jahr stieg jetzt der Viehbestand in der Sowjetunion (siehe Tabelle) und 1938 hatte er fast die alte Höhe von 1928 wieder erreicht. Nur der Bestand an Pferden, deren private Haltung in den meisten Gebieten nach wie vor verboten war, machte eine Ausnahme. Er vermehrte sich nur sehr langsam. Wie stark im übrigen die Viehhaltung in den Eigenbetrieben zunahm, erkennt man an der Tatsache, daß von 1934 bis 1938 sich die Rinder um 70 %, die Schafe und Ziegen um 122 % und die Schweine sogar um 250 % vermehrt hatten.

Tabelle:**Viehbestand der Sowjetunion (in Mill. Stück):**

	Pferde	Rindvieh	Schafe u. Ziegen	Schweine
1916	35,8	60,6	121,2	20,9
1928	33,5	70,5	146,7	26,0
1929	34,0	68,1	147,2	20,9
1930	30,2	52,5	108,8	13,6
1931	26,2	47,9	77,7	14,4
1932	19,6	40,7	52,1	11,6
1933	16,6	38,6	50,1	12,2
1934	15,6	42,4	51,9	17,4
1935	15,9	49,3	61,1	22,5
1936	16,6	56,5	73,3	30,4
1937	16,7	57,0	81,3	22,8
1938	17,5	63,2	102,5	30,6

Daß auch heute noch große Schwierigkeiten in der Viehhaltung der Sowchosen und Kolchosen bestehen müssen, geht aus einem Artikel der „Prawda“ hervor. Besonders groß sollen danach die Mißstände — außer in anderen Gebieten — in Sibirien und im Gebiete von Altai sein, also gerade dort, wo die Sowjets nach dem Verlust der Ukraine die größten Ueberschüsse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen gewinnen wollen. Der Viehbestand hat sich im Jahre 1941 so sehr verringert, daß zwecks Komplettierung der Bestände für die Sowchosen und Kolchosen 2,3 Mill. Stück Großvieh und 2,3 Mill. Schafe angekauft werden sollen. Außerdem wird grundsätzlich verboten, Jungvieh im Alter bis zu einem Jahr abzuschlachten. Die Schuld an diesen Mißständen wird natürlich den Leitern der Kolchosbetriebe zugeschoben, denen nachgesagt wird, daß sie außerordentlich wenig Sorge für die Viehbestände gezeigt, ja sie direkt ausgeplündert hätten. In Wirklichkeit tragen aber nicht die Kolchosleiter die Schuld an diesen Mißständen, sondern die Sowjets selbst, die das System der Kollektivierung eingeführt haben und es trotz aller Mißerfolge beibehalten wollen. Denn jeder deutsche Tierzüchter weiß, daß „das Auge des Herrn das Vieh mäset“. Das bedeutet, daß nur der Erfolg in der Viehwirtschaft haben wird, der Interesse an seinem Vieh hat und es dauernd überwacht. Wer aber sollte in diesen Gemeinschaftsherden der Kolchosen, deren Erträge dem Staate zufließen, ein besonderes und persönliches Interesse an dem Wohlbefinden und an der Weiterentwicklung der Viehzucht haben, noch dazu, da jede Privatinitiative der Kolchosbauern bewußt ausgeschaltet wird!

In diesem Zusammenhang interessiert natürlich die Frage, wie die Aussichten der Viehhaltung in den von deutschen Truppen besetzten Ostgebieten der Sowjetunion zu beurteilen sind. Daß sich hier die Viehbestände infolge des Krieges zum Teil außerordentlich stark verringert haben, ist verständlich. Ein klares Bild hierüber läßt sich heute noch nicht gewinnen. Immerhin zeigen einige Schätzungen, daß die Bolschewisten vor ihrem Abzuge vernichtet haben, was sie vernichten konnten. Während z. B. der Schafbestand der Ukraine 1941 auf 4,7 Mill. Stück angegeben wurde, wird er heute auf nur 1 Mill. geschätzt. Wenn auch anzunehmen ist, daß sich der Krieg nicht überall so ungünstig ausgewirkt hat, so wird es doch einige Zeit dauern, bis der Viehbestand wieder eine normale Höhe erreicht hat.

An der Auffüllung der Viehbestände wird schon heute mit allen Mitteln gearbeitet, ja man beabsichtigt sogar, den Bestand einiger Vieharten wesentlich über die Vorkriegshöhe zu vermehren. Hierzu gehören vor allem die Pferde- und die Schafbestände.

Die Grundlage für die Vermehrung der Viehbestände bildet die Neue Agrarordnung, durch die die bolschewistische Kollektivwirtschaft grundsätzlich aufgehoben wird. Hinsichtlich der privaten Viehhaltung beseitigt sie jegliche bisher bestehende Beschränkung: In der Erkenntnis, daß die Viehhaltung eine ausgesprochene Domäne der Privatinitiative darstellt, sieht sie eine Verteilung des bisherigen Kolchosviehes an die Mitglieder der Gemeinwirtschaften und Landbaugenossenschaften vor. Die Tatsache, daß sich schon in der Sowjetunion der Viehbestand hauptsächlich infolge der Lockerung der Kollektivierung in der kurzen Zeit von nur fünf Jahren (1934 bis 1938) verdoppeln konnte, berechtigt zu der Erwartung, daß die Vermehrung des Viehbestandes nach der völligen Beseitigung jeder kollektivistischen Einschränkung sehr bald einsetzen wird. Die Vergrößerung des Hoflandes, die ebenfalls in der neuen Agrarordnung vorgesehen ist und die die Futtergrundlage der Höfe verbessert, bildet ebenfalls einen nicht unwesentlichen Anreiz zur Verstärkung der Viehhaltung. Ueber diese Maßnahmen hinaus bemüht sich die deutsche Verwaltung aber trotz der Schwierigkeiten, die infolge des Krieges noch auf allen Gebieten bestehen, schon jetzt, den Viehbestand zu vermehren und zu verbessern. So werden die bisherigen Maschinen-Traktoren-Stationen unter Zuhilfenahme von Gemeinwirtschaften zu landwirtschaftlichen Stützpunkten ausgebaut, auf denen mustergültige Vattertierhaltereien eingerichtet werden, die die Viehzucht der Umgebung maßgeblich beeinflussen werden. Die Vattertiere werden in den besetzten Ostgebieten ausgewählt oder im Reich und anderen europäischen Ländern aufgekauft und eingeführt. So wurden schon größere Mengen Hengste, Bullen, Eber und Zuchtschafe in die besetzten Ostgebiete gebracht. Nach den letzten Nachrichten ist von diesen bereits ein Teil an ihren Bestimmungsstationen eingetroffen. Auch in den ehemaligen baltischen Staaten, die längst nicht in demselben Maße unter den Einwirkungen des Krieges gelitten haben, bestehen ähnliche Bestrebungen. So beabsichtigt z. B. Estland 25 neue Abteilungen des Hauptgestütes Tori einzurichten, um die Landespferdezucht zu verbessern. Darüber hinaus wird jedes nur mögliche Mittel angewandt, die Viehhaltung zu heben. In der Ukraine z. B. werden in diesem Jahre keine Deckgelder erhoben. Dadurch soll erreicht werden, daß sämtliche Kühe belegt werden. Zur Vermehrung des Schweinebestandes soll eine größere Zahl von Läufern von Ostpreußen eingeführt werden, von denen die tauglichen zur Zucht zurückbehalten, die übrigen gemästet werden. Rund 30 000 konnten schon während der kalten Jahreszeit ohne besondere Verluste dorthin gebracht werden. Die Nachfrage der Bauern nach diesen Schweinen ist außerordentlich rege. Durch besondere Maßnahmen wird weiter beabsichtigt, bis Ende dieses Jahres den Geflügelbestand auf die doppelte Zahl zu vermehren. In den Generalbezirken des Ostlandes geht

man bereits einen Schritt weiter und beschäftigt sich stark mit der Vermehrung und Verbesserung des Futters für die Tiere. Unter anderem soll deshalb der Kartoffelanbau ausgedehnt und die Errichtung von Gärfutterbehältern stark vorangetrieben, überhaupt dem Anbau von Futterpflanzen viel stärkere Beachtung geschenkt werden. Nebenbei sei erwähnt, daß von hier in absehbarer Zeit größere Mengen von Futterpflanzensaatgut ausgeführt werden sollen.

Aus diesen wahllos herausgegriffenen Einzelmaßnahmen geht klar hervor, daß man in dem gesamten besetzten Ostgebiet bemüht ist, die durch den Krieg stark verkleinerten Viehbestände wieder aufzufüllen. Wenn man sich auch hüten muß, allzu optimistisch in die Zukunft zu blicken, so steht doch fest, daß die Viehhaltung auf privater Grundlage hier eine ganz andere Entwicklung nehmen wird und muß als in der bolschewistischen Kollektivwirtschaft, in der das „persönliche Verhältnis von Mensch und Tier“ völlig ausgeschaltet wurde und nur die bolschewistische Planwirtschaft maßgebend war.

Die Mittelasiatischen Gebiete der Sowjetunion.

(Mit einer Karte.)

Von Professor Hans J o h a n s e n ,

Institut für Ostforschung an der Universität Königsberg (Pr).

Unter Sowjet-Mittelasien versteht man gewöhnlich nur die vier Bundesrepubliken: Turkmenistan, Usbekistan Kirgisistan und Tadshikistan, die zur Zarenzeit das Generalgouvernement Turkestan mit den Emiraten Buchara und Chiwa bildeten. Im weiteren Sinne ist jedoch zu Sowjet-Mittelasien auch die der Fläche nach zweitgrößte Bundesrepublik der Sowjetunion, Kasachstan, zu rechnen, deren südlicher Teil sich weder geographisch noch wirtschaftlich von Mittelasien trennen läßt. Der Nordteil Kasachstans gehört allerdings schon zur westsibirischen Tiefebene und der äußerste Westzipfel dringt jenseits des Uralflusses auch in das europäische Rußland ein. Jedoch der ganze Charakter des Landes und auch die kasach-kirgisische Bevölkerung lassen die engste Verbindung mit den anderen mittelasiatischen Ländern erkennen. Es ist eben das Uebergangsland zu den russischen und sibirischen Räumen.

Als U m g r e n z u n g dieses weiten mittelasiatischen Raumes können wir somit im Westen das Untere Wolgagebiet, mit dem Kaspischee ansehen, im Norden die Kirgisensteppe bis etwa zur transsibirischen Magistrale, im Osten das Altai-Gebirge und im Süden die Gebirgsumrandung bis zur Grenze gegen Iran, Afghanistan und Chinesisch-Turkestan.

Auf die mehrere tausend Jahre alte Geschichte der B e v ö l k e r u n g dieser Gebiete kann hier natürlich nicht eingegangen werden. Es wechselten sich Iranier, Türken und Mongolen ab und bildeten einen besonderen Mischtypus, in dem aber das Türkische vorherrscht. Er zerfällt in viele einzelne Völker. Die wichtigsten sind die vor-

wiegend türkischen Usbeken, Kasach-Kirgisen und Turkmenen und weiter im Pamir die iranischen Tadshiken. Diese größeren Gruppen bilden heute eigene Bundesrepubliken. Einige kleinere Völker, wie z. B. die Kara-Kalpaken haben autonome Republiken oder Gebiete.



Die Besitzergreifung dieser Länder durch das Russische Reich liegt nicht weit zurück. In den 50iger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden Stammestreitigkeiten der Kasach-Kirgisen an der russischen Grenze zum Anlaß für die Einmischung und Besetzung verschiedener Gebiete benutzt. Der Vormarsch ging zunächst von

Sibirien aus und später vom Süduralgebiet. Schon 1854 wurde der Ili erreicht, 1866 Taschkent und bald darauf Samarkand eingenommen. Im gleichen Jahre wurde das Emirat Buchara unterworfen und etwas später auch Chiwa. Die Eroberung Transkaspiums ging von dem 1869 gegründeten Krasnowodsk am Ostufer des Kaspi-Sees aus. Die Unterwerfung der Turkmenen erfolgte 1881. Am spätesten, erst in den 90iger Jahren, wurde der Pamir besetzt.

Oberflächengestaltung.

Es lassen sich vier große Elemente im Aufbau des Landes unterscheiden. Im Norden ist es das breite, abgetragene, spätpaläozoische kirgisische Faltenland mit seinen großen Bodenschätzen. Diese Hügelreihen und Kuppen, die von den Russen sehr bezeichnend als „Melkosopotschnik“ bezeichnet werden, ziehen sich vom Südwest-Altai in nordwestlicher Richtung fast bis zum Ural hin, von dessen Ausläufern sie durch die Straße von Turgai getrennt sind. Die Erhebungen sind nicht groß, meist nur wenige 100 m, doch erreichen im Ostteil einzelne Gruppen bis zu 1000 m (z. B. der Bajan-Aul und Tschingistau) und sogar 1500 m (Kisyl-Rai) Höhe. Der Nordteil des Hügellandes taucht allmählich unter die Ablagerungen der westsibirischen Tiefebene unter und bildet hier die vom Ischim und Irtysch durchflossene flache Kirgisensteppe. Im Westen liegen die südlichsten Ausläufer des Ural mit den niedrigen Mugodsharen.

Das zweite große Oberflächenelement ist die Kasp i - S e n k e, die die Westgrenze des ganzen Gebietes bildet. Der Nordabschnitt ist der am tiefsten gelegene Teil und stellt Reste des früheren Seebodens dar. Es ist ein ödes, von Sand, Lehm und z. T. Salzschlamm bedecktes Gebiet. Hier liegen jedoch im Emba-Gebiet die wichtigen Erdölquellen. Der Ostteil der Senke ist vom Plateau Ust-Urt durch einen steilen Abbruch getrennt, doch gehen einzelne Höhenreste bis nahe an den See. Auch im südlichen Teil bei Krasnowodsk liegen Erhöhungen. Im allgemeinen ist es aber ein flaches, niedriges Gebiet, das zum See in großen Terrassen abfällt. Einige Stellen im nördlichen Teil liegen unter der Höhe des Meeresspiegels (der See selbst sinkt ständig und liegt heute 26 m unter dem Meeresspiegel).

Das eigentliche Turkestan-Gebiet ist aus zwei Großlandschaften zusammengesetzt: dem vorwiegend von Trockensteppen und Wüsten bedeckten Niederungsgebiet und der südlichen Hochgebirgsumrandung, die gleichzeitig die Landesgrenze bildet. Jedes dieser Hauptgebiete muß in eine Reihe Einzellandschaften zerlegt werden.

Nieder-Turkestan. Es lassen sich hier drei ihrer Form und Entstehung nach verschiedene Landschaftstypen unterscheiden: 1. die plateauartigen, hochgelegenen Wüsten und Halbwüsten des nördlichen Teils, 2. die Sandwüsten der Turanischen Senke und 3. die Löß-Vorgebirgsebene.

1. Der nördliche Teil Nieder-Turkestans ist von einer Reihe plattenartiger Ebenen bedeckt. Die am weitesten nach Norden vorgeschobene ist das 100—200 m hohe Turgai-Tafelland.

Im Westen zwischen der Kaspi-Senke und dem Aralsee liegt das große Ust-Urt-Plateau, das nach allen Seiten in steilen Abbrüchen abfällt. Die mittlere Höhe beträgt um 200 m.

Nordöstlich des Aralsees, zwischen diesem und dem Kirgisischen Hügelland, liegt ein erhöhtes Halbwüstengebiet, das als Aral-Kara-Kum bezeichnet wird.

Weiter östlich zwischen dem Fluß Sary-Su und dem Balkasch-See liegt das von Lehmwüsten bedeckte Plateau Bet-Pak-Dala (auch Hungersteppe genannt) mit Höhen zwischen 130 bis 200 m. Der Ostteil ist hügelig.

2. Der zentrale und südwestliche Teil Nieder-Turkestans wird von der eigentlichen Turanischen Senke eingenommen. Hier liegt eine ganze Reihe ausgedehnter Wüsten, die nur an den Flußläufen von Oasen unterbrochen werden. Die absoluten Höhen sind gering, meist um 100 m, bedeutendere Höhen kommen nur vereinzelt vor. Die wichtigsten Wüsten der Turanischen Senke sind: die Kara-Kum-Wüste im südwestlichen turkmenischen Teil bis zum Amu-Darja nach Osten, die Kysyl-Kum-Wüste zwischen dem Amu-Darja und dem Syr-Darja. Hier kommen an einigen Stellen Erhebungen bis zu 700 m vor.

Weiter im Osten liegen wieder erhöhte Wüstengebiete, so die Mujun-Kum-Wüste zwischen dem Kara-Tau-Gebirge und dem Tschu-Fluß, die im Mittel 300 bis 380 m Höhe erreicht. Große Sandflächen sind auch in der Ssemiretschje-Ebene südlich des Balchasch-Sees enthalten.

3. Löß-Vorgebirgsebenen sind fast allen Hochgebirgen vorgelagert und liegen auch in den Tälern innerhalb der Gebirge. Sie sind aus verfestigtem feinem Wüstenstaub entstanden und sind die wichtigsten und fruchtbarsten Teile Turkestans. Die Höhe dieser Ebenen beträgt in Turkmenien gewöhnlich 100 bis 300 m, vor den Nordwestausläufern des Tian-Schan 250 bis 350 m, in dem großen, 300 km langen und 170 km breiten Fergana-Tal am Oberlauf der Syr-Darja 350 bis 500 m. In ähnlichen Höhen liegen die Lößebenen vor dem Trans-Ili-Ala-Tau, während sie vor dem Dshungarischen Ala-Tau fehlen.

Die südliche Gebirgsumrandung. Drei Gebirgssysteme sind zu unterscheiden: 1. Die Erhebungen am Kaspi-See, 2. das Kopet-Dag-Pamirsystem, 3. der Tian-Schan.

1. Die Erhebungen am Ostufer des Kaspi-Sees sind nicht einheitlicher Natur. Im nördlichen Teil liegen auf der gleichnamigen Halbinsel, etwa 300 m hoch, die Mangyschlag-Berge. Weiter im Süden zwischen der Krasnowodsker Bucht und der Kara-Bogas-Bucht liegt das Krasnowodsker Plateau, das eine Mittelhöhe von 200 m aufweist. An dieses schließt sich der Große Balchan (bis 1865 m) an.

2. Das Kopet-Dag-Pamir-System ist ein junges Faltengebirge, das mit dem Hindukusch eng zusammenhängt. Der nordwest-südost streichende Kopet-Dag stellt den Nordteil des iranischen Randgebirges dar und grenzt Turkmenien nach Süden ab. Die größten Höhen betragen hier etwa 3000 m. Die Fortsetzung nach Osten an der Grenze nach Afghanistan wird Paropamis genannt.

Der große Gebirgsknoten Pamir liegt zwischen den Südwestketten des Tian-Schan und dem Hindukusch. Er trägt im Nordteil die höchsten Gipfel der Sowjetunion, den Pik Stalin (7500 m) und den Pik Lenin (7130 m). Neben wilden, zerklüfteten, von tiefen Tälern durchschnittenen Hochgebirgslandschaften mit starker Vergletscherung sind auch weite, wüstenhafte Hochflächen verbreitet, die in 4000 bis 5000 m Höhe liegen.

3. Das Tian-Schan-Gebirgssystem ist jung gehobenes, altes Schollengebirge und hat mit seinen zahlreichen bis zum Altai nach Osten ziehenden Ketten und Nebenketten die größte Verbreitung im Turkestan-Gebiet. Die Oberflächenformen sind ähnlich wie im Pamir, auch hier sind überall große Hochflächen vorhanden, die „Syrt“ genannt werden. Im östlichen Teil ist das Gebirge geschlossen und stößt weit nach Innerasien vor. Im westlichen Teil löst es sich fächerförmig in viele, meist nach Süden eingekrümmte Gebirgsböden auf.

Die wichtigsten Ketten zwischen dem Amu-Darja und Syr-Darja sind: Das Turkestan-Gebirge mit dem anschließenden Kara-Tau, der Gissar-Rücken (bis über 5000 m) und das Alai-Gebirge (bis 6000 m Höhe), das bereits an den Pamir grenzt. Nördlich des Fergana-Beckens liegt das Talaß-Gebirge mit Höhen bis 3800 m.

Weiter ostwärts ist der breite, zentrale Teil des eigentlichen Tian-Schan gelegen, der an der chinesischen Grenze seinen höchsten Gipfel im Chan-Tengri (7000 m) hat. Der große Gebirgssee Issyk-Kul trennt einen nördlichen Gebirgsbogen ab, der Trans-Ili-Ala-Tau genannt wird und noch Höhen bis 5600 m aufweist. Nordöstlich von diesem, durch die Ili-Senke getrennt, liegt der Dshungarische Ala-Tau, dessen höchste Gipfel ebenfalls über 5000 m reichen.

Einen Uebergang zum Gebirgssystem des zu Sibirien gehörenden Altai stellt der Tarbagatai-Rücken dar, der Höhen bis 3000 m aufweist. Er begrenzt von Süden die große Saißan-Senke mit dem gleichnamigen See.

Klima.

Infolge der großen Entfernung von den Ozeanen und der Gebirgsabriegelung nach Süden ist das Klima Sowjet-Mittelasiens durch große Kontinentalität und damit verbundenen extremen Temperaturgegensätzen und ungeheurer Trockenheit ausgezeichnet. Dieser letzte Faktor ist so bezeichnend, daß der ganze Klimatyp dieser Länder Trockenklima genannt wird.

Infolge der großen Ausdehnung des Gebiets ist natürlich auch der Grad der Trockenheit verschieden. Die Niederschlagsmengen schwanken in den Niederungsgebieten zwischen 100 und 250 mm jährlich. Der nördliche Teil Kasachstans hat noch relativ reichliche Niederschläge, so daß hier Weizenanbau auch ohne Bewässerung möglich ist. Der ganze zentrale Teil, besonders auch die flachen, transkaspischen Gebiete, sind mit etwa 100 bis 150 mm die niederschlagsärmsten. Infolgedessen herrschen hier die großen Wüstengebiete und Halbwüsten vor. Der südlichste, an die Gebirgsländer angrenzende Teil hat wiederum reichlichere Niederschläge (2 bis 300 mm), da die von Norden und Nordwesten kommenden Luftmassen zum Aufsteigen gezwungen sind und dabei ihre Feuchtigkeit abgeben. Diese Randgebiete sind daher die fruchtbarsten und ertragreichsten. Hier ist Landwirtschaft sowohl mit als auch ohne Bewässerung möglich (sog. Bogarnoje-Ackerbau). Das Gebirge selbst hat in den mittleren Regionen die größten Niederschläge, die stellenweise sogar über 500 mm jährlich erreichen. Das Hochgebirgsklima dagegen ist wiederum niederschlagsarm.

Die Verteilung der Niederschläge nach den Jahreszeiten ist sehr verschieden. Im nördlichen Teil sind sie mehr oder weniger gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt. In den Wüstengebieten fallen sie vorwiegend im Frühling, in den Vorgebirgstteilen dagegen im Winter.

Die Temperaturen des Sommers sind außerordentlich hoch und können im Schatten bis zu 50° erreichen. Das Julimittel liegt zwischen 20° (Norden) und 30° (Süden). Die Wintertemperaturen sind infolge des Einflusses der nordasiatischen Antizyklone trotz der südlichen Lage recht niedrig. Im nördlichen Kasachstan-Gebiet sind noch mittlere Januartemperaturen von — 16° vorhanden, im südlichsten Teil Mittelasiens liegen sie um 0°, doch kommen auch hier noch Einzelminima bis zu — 18° vor. Die Winter dauern im südlichen Teil nicht lange an, so daß die mittleren Jahrestemperaturen noch recht hoch sind und zwischen 8 und 18° liegen. Heiße, trockene Winde und schwere Sandstürme wirken sich häufig verheerend auf die Kulturen aus.

Bodenarten.

Wo es sich nicht um reine Wüstensande handelt, sind in Russisch-Mittelasien überall Grauerden (auch, Steppenbleicherden genannt) verbreitet. In den Steppen des nördlichen Teiles von Kasachstan sind auch noch die fruchtbaren Kastanienböden mit Humusgehalt vorhanden. Die Grauerden sind durch ganz geringen Humusgehalt und sehr viel Mineralsalze charakterisiert. Für die helle graue Farbe ist vor allem die Sodawirkung maßgebend. Bei genügender Bewässerung sind die Böden durchaus fruchtbar und besonders für den Baumwollanbau geeignet, doch sind Salzpflanzen häufig. Die Nutzung der Böden ist durch das häufige Vorkommen von losen Sanden und durch die Wasserlosigkeit erschwert.

Längs den größeren Flußtäälern treten auch Alluvialböden mit Humus auf. Sie sind meist versalzen und für den Ackerbau ungeeignet, geben aber gute Weideflächen ab. Auf dem 10 bis 30 m mächtigen Löß der Vorgebirgsebenen haben sich fruchtbare Böden entwickelt, die weniger versalzen sind und zum Teil den Schwarzerde- und Kastanienböden ähneln.

In den Gebirgsländern Turkestans sind in den Tälern je nach der Höhe und Feuchtigkeit alle möglichen Bodenarten von Trockensteppen und Schwarzerden bis zu Waldböden vorhanden. Besonders wertvoll sind die humusreichen Bergwiesenböden.

Pflanzendecke.

Bei der ungeheuren Ausdehnung der Wüsten und Halbwüsten in Nieder-Turkestan hat die Pflanzendecke nur eine geringfügige Bedeutung. Nichtsdestoweniger sind diese Gebiete keineswegs vegetationslos. Im nördlichen Teil Kasachstans ist noch richtige Steppe vorhanden, die im Süden bereits in das kirgisische Hügelland übergeht und größtenteils schon zum Typus der Trockensteppe gehört. Die charakteristischste Pflanzenart ist hier das weiße, wallende Reihergras (Stipa).

Die Halbwüsten, die ja den größeren Teil einnehmen, haben im Frühling nach der Schneeschmelze eine gute Grasbedeckung, in der besonders Zwiebelgewächse häufig sind. Die nomadisierenden Eingeborenen nutzen diese Zeit für ihre Viehherden aus. Im Sommer gedeihen hier nur Wermuthgewächse und salzliebende kleine Pflanzen.

Die Sandwüsten sind dort, wo verfestigte Hügelsande vorhanden sind, mit buschartigen harten Holzgewächsen, dem „Saksaul“ bestanden, auch manche anderen Sträucher und Pflanzen kommen hier vor. Die beweglichen Barchane sind pflanzenleer. Auf den Salzpflanzen fehlen die Holzgewächse, doch ist eine Reihe salzliebender niedriger Pflanzen vorhanden, die aber gewöhnlich erst gegen Ende des Sommers erscheinen.

Die Löß-Vorgebirgsebenen sind, soweit man sie nicht bewässert und bearbeitet hat, mit Wermuth, wilder Gerste, wildem Hafer und einigen Sträuchern bestanden. Längs den Flüssen ziehen sich gewöhnlich schmale Buschwaldstreifen, die sog. „Tugai“ hin, die ein undurchdringliches Wirrwarr von Büschen, Schilf, Pappelbäumen und Schlingpflanzen bilden.

Richtige Wälder kommen in Mittelasien in den Schluchten und Tälern der Gebirge vor. In den tieferen Lagen sind es schöne Laubwälder mit Pappeln, Eschen, Walnuß, wilden Aepfeln, Birnen und Aprikosen. In den höheren Regionen herrscht Nadelwald vor, besonders verbreitet sind Wacholderarten.

Uebersicht über die Republiken.

Kasachstan.

Kasachstan ist neben der RSFSR die größte Bundesrepublik der Sowjetunion. Sie nimmt große Teile Mittelasiens vom Kaspisee im Westen bis zum Süd-Altai-Gebirge im Osten und von Westsibirien im Norden bis zum Tian-Schan-Gebirge im Süden ein, außerdem gehört in der Kaspisenke noch der südöstlichste Teil des europäischen Sowjetrußlands dazu. Die Fläche beträgt 2 744 000 qkm, die Bevölkerung 6,14 Mill. Der Dichte nach ist Kasachstan mit 2,2 Menschen je qkm die am dünnsten besiedelte Republik, was durch die weiten Wüsten und halbwüsten Gebiete im Inneren des Landes verständlich ist. Die eingeborene Bevölkerung ist türkischer Abstammung und besteht größtenteils aus Kasach-Kirgisen, die früher einfach Kirgisen, jetzt aber Kasachen genannt werden. In den Oasen des Südens leben Usbeken, in den nördlichen und östlichen Grenzgebieten russische und ukrainische Ansiedler.

Der Süd- und Ostteil des Landes wird von den 2—3000 m hohen Gebirgszügen des Tian-Schan, Tarbagatai und Altai umrandet. Von hier ziehen sich die abgetragenen alten paläozoischen Falten des kirgisischen Hügellandes in breiter Front quer durch das Land. Im Norden und Westen tauchen sie unter die jungen Ablagerungen der westsibirischen Tiefebene und der Turgai-Senke.

Hier liegen die früher wenig beachteten Hauptreichtümer des Landes. Die wichtigsten sind die großen Kupfervorkommen am Nordufer des Balchasch-Sees bei Kounrad und nordwestlich der Hungersteppe bei Karsakpai und Dsheskasgan. An beiden Orten sind große Kupferschmelzwerke im Bau, z. T. auch fertig, deren Leistung allein den ganzen Bedarf der Sowjetunion decken sollte. Die reichen Kokskohlengruben von Karaganda, deren Vorräte mit 67 Mrd. t geschätzt werden und die ja auch die uralischen Eisenhüttenwerke beliefern, sind durch Eisenbahnlinien mit den Kupfergruben verbunden. Kleinere Kohlenvorkommen, die aber zum Teil eine wichtige örtliche Bedeutung haben, sind bei Baikonur, Bertschogur und anderen Stellen vorhanden. Im Kara-Tau, nördlich der Stadt Tschimkent, werden Blei und Zink abgebaut. Die alten polymetallischen Bergwerke des südwestlichen Altai bei Ridder sind erneut und erweitert. Eisen ist an verschiedenen Orten (Karkaralinsk, Karsakpai u. a.) gefunden worden, wurde jedoch bis in die letzte Zeit nicht abgebaut. Im Emba-Gebiet zwischen den südlichen Ausläufern des Ural und Kaspi-Sees liegen reiche Erdölquellen, die durch Rohrleitung mit dem Ural (Orsk) und dem Kaspi (Gurjew) verbunden sind. Die Vorräte sind hier auf über 1 Mrd. t geschätzt worden.

Gegenüber dieser industriellen Entwicklung spielt die Landwirtschaft in Kasachstan heute nur eine untergeordnete Rolle.

Die nördlichen, an Sibirien grenzenden Steppen sind noch Getreidegebiete, die reichliche Ueberschüsse an Weizen ergeben (Gesamtproduktion 1937 25 846 000 Ztr.). In den weiter südlich gelegenen dünnen Steppen wird vorwiegend extensive Viehwirtschaft, vor allem Schafzucht, getrieben (Viehbestand 1937 etwa 3 Mill. Rinder und 5 Mill. Schafe und Ziegen). Die weiter folgenden halbwüsten und wüsten Gebiete aber sind für die Landwirtschaft nicht mehr geeignet. Erst im Süden und Südosten an den niederschlagsreicheren Gebirgsrändern geben fruchtbare Böden bei Bewässerung gute Ernten. Hier wird jetzt vorwiegend Baumwolle angepflanzt (die Produktion für ganz Kasachstan betrug 1937 rund 1 242 000 Ztr.). Auch den Kautschukpflanzen Tau-Sagys und Kok-Sagys wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Zuckerrüben, Wein, Früchte und Reis gedeihen gut.

Die Verkehrs Lage hat durch die Fertigstellung der Turksib (Turkestanisch-Sibirische Eisenbahnlinie) sehr gewonnen. Sie führt von Nowosibirsk über Barnaul und Semipalatinsk zur Hauptstadt Kasachstans Alma-Ata (früher Verny), mit 230 000 Einwohnern und einer Universität) und hat weiter über Taschkent Anschluß an die Bahnen im europäischen Rußland. Auch von Norden, von Petropawlowsk an der sibirischen Eisenbahnlinie, geht eine Bahn über Akmolinsk und das Kohlenrevier von Karaganda zum Balchasch-See. Die direkte Verbindung zum Südural wird durch die wahrscheinlich schon fertiggestellte Bahnlinie Akmolinsk-Kartaly hergestellt.

Usbekistan.

Die usbekische Bundesrepublik ist die bedeutendste in Russisch-Mittelasien. Sie schließt sich an die südlichen Teile Kasachstans an und besteht aus zwei Teilen: die um den Südaralsee gelegene autonome Republik der Kara-Kalpaken und das weiter östlich gelegene eigentliche Usbekien. Sie nimmt 410 000 qkm bei einer Bevölkerung von 6 282 000 ein. Die Dichte beträgt 17 Menschen je qkm und ist die größte aller mittelasiatischen Länder der Union.

Die Usbeken (früher Sarten genannt), die die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, sind ein recht reiner türkischer Stamm und haben eine relativ hohe Kultur. Die Kara-Kalpaken werden auch zu den Türken gerechnet, haben aber auch arische und mongolische Rassenmerkmale.

Der größte Teil Usbekiens liegt auf den klimatisch günstigeren Vorgebirgsebenen mit ihren vielen fruchtbaren Oasen: das Fergana-Becken wird durch die vielen, von den umgebenden Bergen herabströmenden Flüsse und Bäche gut bewässert und ist daher das reichste Gebiet der Republik. Hier wird vorwiegend Baumwolle angepflanzt, außerdem Weizen, Mais, Luzerne und Reis. Daneben spielen Tabak-, Wein- und Gartenbau sowie die Seidenraupenzucht eine große Rolle. Die wichtigsten Städte sind Andishan (80 000 Einwohner), Kokand, Namangan und Margelan.

Die Oasenzone von Taschkent wird durch Zuflüsse des Syr-Darja, den Tschirtschik und Angren gespeist. Auch hier werden große Bewässerungsanlagen, die mit Kraftwerken (Tschirtschikstroj)

verbunden sind, gebaut. Die angepflanzten Kulturen sind die gleichen wie im Fergana-Becken. Hier liegt auch die Hauptstadt der Republik, Taschkent (585 000 Einw., Universität, Filiale der Akademie der Wissenschaften und etwa 100 Fabrik- und Industrieanlagen).

Die Samarkander Oasenzone liegt im Serafschantal. Durch ein großes Staubecken (bei Katta-Kurgan) sollen die Anbauflächen für Baumwolle, Weizen, Reis usw. bedeutend vergrößert werden. Die prachtvoll in Gärten gelegene Stadt Samarkand mit über 100 000 Einwohnern hat gleichfalls eine Universität.

Weiter in der Wüste Kysyl-Kum liegen noch drei vom Serafschan gespeiste Oasen: Kermin, Buchara und Kara-Kul, die alle an Wassermangel leiden, daher weniger fruchtbar und, mit Ausnahme von Buchara, weniger dicht besiedelt sind als die vorhergehenden.

Ganz im Süden der Republik, im Vorlande des Hissar-Rückens, liegen zwei weitere Oasen: Kaschka-Darja und Surchan-Darja. Im Norden, westlich des Unterlaufs des Amu-Darja, liegt die große Oase von Choresm. Hier lag das frühere Emirat Chiva, Hauptort ist Urgentsch.

Der unterste Lauf des Amu-Darja mit fruchtbaren Schlammablagerungen gehört bereits zur autonomen Republik der Karakalpakien und bildet deren einziges landwirtschaftlich bedeutendes Gebiet, in dem größtenteils Baumwolle, Reis und Luzerne angebaut werden. Hauptort ist Nukus. In den übrigen Gebieten Karakalpakiens wird meist nur Viehwirtschaft getrieben, insbesondere werden hier die wertvollen Karakulschafe gezüchtet.

Die Gesamternte an Baumwolle betrug 1937 für Usbekistan 1 528 000 Ztr. Der Bestand an Hornvieh wurde 1940 mit 1 624 000 und an Schafen und Ziegen mit 4 852 000 angegeben.

Die Bodenschätze Usbekistans sind nicht groß, doch haben sie infolge der dichten Besiedlung des Landes eine lokale Bedeutung. Erdöl wurde schon von altersher im Fergana-Becken gewonnen, neuerdings sind Naphthaquellen auch im Bucharagebiet und am Oberlauf des Amu-Darja gefunden worden. Steinkohlen, allerdings mäßiger Güte, werden im Fergana-Becken abgebaut. Südlich von Taschkent gibt es bei Almalyk ein großes Kupfervorkommen. Hier soll auch ein Schmelzwerk errichtet werden.

Die Verkehrslage Usbekistans ist besonders günstig, da von dort aus Eisenbahnlinien nach allen Richtungen gehen: Der Turksib nach Sibirien, die Hauptlinie nach dem europäischen Rußland, die Krasnowodsk-Linie zum Kaspischen Meer, die Fergana-Linie nach Osten und schließlich die Bahn von Buchara zur afghanischen Grenze nach Süden.

Turkmenistan.

Die von Turkmenen, einem türkischen Volksstamm, bewohnte Republik nimmt die Südwestecke Russisch-Mittelasiens zwischen dem Kaspischen Meer, Usbekistan, Iran und Afghanistan ein. Der Fläche nach ist sie zwar mit 440 000 qkm größer als Usbekistan, die Bevölkerung ist aber um das fünffache geringer — sie erreicht nur 1 254 000

Menschen, es kommen nur 2,8 Personen auf den qkm. Diese Verhältnisse erklären sich aus dem Umstande, daß der größte Teil des Landes von der unzugänglichsten Wüste Kara-Kum eingenommen wird. Nur längs den Bächen, die an den südlichen Gebirgsrändern herabfließen, und am Amu-Darja liegt eine Reihe von Oasen.

Von den etwa dreißig kleineren Oasen längs dem Vorlande des Kopet-Dag hat nur die von der Hauptstadt A s c h c h a b a d (127 000 Einwohner) eingenommene größere Bedeutung. Hier wird meist Wein- und Gartenbau, auch Seidenraupenzucht betrieben. Dagegen enthalten die Oasen in den Tälern der vom Parapamis-Gebirge entströmenden Flüsse Tedschen und Murgab den weitaus größten Teil der Rieselfelder Turkmenistans. Hier liegen die reichsten Baumwollkulturen. Die wichtigste Stadt dieses Gebietes ist Merw am Murgab (jetzt Mary).

Auch die Gebiete längs dem Mittellauf des Amu-Darja haben bedeutende Baumwollkulturen und die Karakul-Schafzucht ist hier, wie überhaupt in ganz Turkmenistan, gut entwickelt. Der größte Ort ist die Brückenstadt Tschardshou.

Im Norden, am Unterlauf des Amu-Darja, gehören Teile der Oase Choresm zu Turkmenistan. Auch hier wird Baumwolle, und zwar besonders amerikanische Sorten, kultiviert. Zur Karakul-Schafzucht kommt noch die Vieh- und Pferdezucht. Der Baumwollanbau für ganz Turkmenistan ergab 1938 240 000 Ztr. Der Viehbestand wurde mit 2,8 Mill. Stück angegeben.

Der westliche, zum Kaspi hin gelegene Teil des Landes hat eine besondere Bedeutung durch die Steinsalzgruben und Erdölquellen auf der Halbinsel Tscheleken sowie bei Neftedag und Chasan-Kuli und durch die Mirabilitärlager (Sulfat) auf dem Grunde der Bucht Kara-Bogas-Gol. Kohle ist bei Tuar-Kyre vorhanden. Hier ist auch die Fischerei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Zentrum des Gebiets ist die Hafenstadt Krasnowodsk. Das Atrek-Tal im äußersten Süden an der persischen Grenze ist infolge der größeren Feuchtigkeit für den Anbau subtropischer Kulturen geeignet.

Die Wüstengebiete des Kara-Kum haben stellenweise Schafzucht sowie Kamelzucht. Die Schwefelvorräte werden zum Teil abgebaut. Große Irrigationsanlagen, die große Teile des Kara-Kum-Gebiets bewässern sollen, sind durch Umleitung des Amu-Darja-Wassers in ihr mutmaßliches altes Flußbett geplant.

Kirgisistan.

Die Kirgisische Bundesrepublik wird ganz vom Tian-Schan-Gebirge eingenommen dessen höchste Gipfel über 7000 m Höhe erreichen. Ihre Fläche beträgt rd. 200 000 qkm die Bevölkerungsdichte 7,4 Menschen je qkm bei einer Gesamtzahl von 1,5 Mill. Einwohnern.

Die Gebirgsregionen werden von den türkischen meist nomadisierenden Kara-Kirgisen, die etwa 67 % der Bevölkerung ausmachen, bewohnt. In den reichen Vorgebirgslandschaften am Tschu und Talaß haben sich russische Ansiedler (12 %) und Usbeken (11 %) niedergelassen. Vom Fergana-Becken gehört nur ein kleiner Teil im Osten zu Kirgisistan.

Die hohe Gebirgslage des Tian-Schan mit recht rauhem Klima, aber mit schönen Alpenwiesen, läßt für die größten Teile nur Viehwirtschaft zu, die auch den Hauptertrag der Republik stellt. 1937 wurden etwa 5 000 000 Rinder und 1,8 Mill. Schafe und Ziegen gezählt. Ackerbau kann nur in den tieferen Tälern, in der Issyk-Kulj-Senke und im Vorland betrieben werden, ist aber ergiebig und übersteigt den Eigenbedarf. 1937 wurden etwa 4 Mill. Ztr. Weizen und 1 Mill. Ztr. Baumwolle geerntet. Das Tschu-Tal hat besonders Zuckerrüben und andere technische Kulturen. Das Talaß-Tal zeichnet sich durch Tabakpflanzungen aus, Baumwolle wird im Fergana-Becken angebaut. Hier ist auch die Seidenraupenzucht entwickelt.

Bodenschätze (Quecksilber und Antimon) des Gebirges sind noch wenig erforscht und noch weniger ausgebeutet. Im Fergana-Tal wird Steinkohle abgebaut und ausgeführt.

Die Hauptstadt ist F r u n s e (früher Pischbek), im Tschu-Vorland, mit rd. 100 000 Einwohnern. Der wichtigste Ort im kirgisischen Teil des Fergana-Tals ist die Stadt Osch.

Tadshikistan.

Tadshikistan ist die kleinste der mittelasiatischen Bundesrepubliken. Ihre Fläche umfaßt nur 144 000 qkm, doch hat sie fast 1,5 Mill. Einwohner und eine Bevölkerungsdichte von 10 Menschen je qkm.

Der östliche, im Pamir gelegene Teil ist als a u t o n o m e B e r g - B a d a c h s c h a n - R e p u b l i k (Hauptort Chorog) abgetrennt und wird von Kirgisen und verschiedenen kleinen iranischen Stämmen eingenommen. Die Tadshiken selbst, ebenfalls iranischer Herkunft, sind ein ackerbautreibendes Volk mit alter Kultur, das von den Usbeken in die Berge abgedrängt wurde. Sie bewohnen vorwiegend die dichter besiedelten Westteile der Republik, die an der Südabdachung der Alai-, Turkestan- und Hissarketten liegen und besonders in den Tälern des Kafirnigan, Wachsch und Pändsh, die zum Oberlauf des Amu-Darja gehören.

Landwirtschaftlich stehen die genannten Täler an erster Stelle. Es wird hier viel Baumwolle (1937 wurden 178 000 Ztr. geerntet), Weizen, Luzerne und Reis angebaut. Auch Gartenbau und Seidenraupenzucht werden betrieben. Auf den Hochflächen der Gebirge ist die Viehzucht gut entwickelt. Außer dem gewöhnlichen Vieh werden in Pamir auch Yakbüffel gehalten.

B o d e n s c h ä t z e scheinen reichlich vorhanden zu sein, es werden Gold, Zinn, Radium, Blei, Arsen, Erdöl und Kohle genannt, doch werden diese in geringem Maße nur auf der Nordseite abgebaut.

Für die Verbesserung des V e r k e h r s w e s e n s wurde in letzter Zeit viel getan. Die Eisenbahnlinie von Termes zur Hauptstadt S t a l i n a b a d (früher Düschambe) ist fertiggestellt. Hierher führt auch eine neue Fahrstraße von Leninabad (früher Chodshent) im Süd-Ferganatal. Auch die Luftverbindungen werden stark ausgebaut.

Ein Jahr Wirtschaftsaufbau im Generalbezirk Estland.

Von Dr. Olaf Boustedt, Leiter des Statistischen Amtes, Reval.

Am 5. Juni war es ein halbes Jahr, daß die deutsche Zivilverwaltung die Führung und Lenkung des politischen und wirtschaftlichen Lebens im Generalbezirk Lettland in ihre Hände genommen hat. In einem solchen Moment ist es gut, für einen Augenblick aus der rastlosen täglichen Arbeit aufzuschauen, um in einem Rückblick auf die geleistete Arbeit aus der Leistungs- und Erfolgsbilanz neue Kräfte und neue Gedanken für die kommende Arbeit zu gewinnen.

Obwohl die deutschen Wehrmachtstellen im Rahmen ihres Aufgabenbereichs alles zur ersten

Wiederingangsetzung der Wirtschaft

getan hatten, war es kein leichtes Erbe, das am 5. Dezember 1941 angetreten wurde. Es fehlten fast 100 000 Menschen, größtenteils aus den produktiven Altersklassen. Die Bolschewisten hatten 60 000 Personen verschleppt oder ermordet. Viele standen an der Front oder in einem anderen Einsatz außerhalb des Landes. Die bolschewistischen Vernichtungsbataillone hatten 3247 Bauernhöfe zerstört, davon allein 2200 in Schutt und Asche gelegt. Der reiche Viehbestand, der einst das Rückgrat der estnischen Landwirtschaft gebildet hatte, war dezimiert — vielfach bis weit über die Hälfte. Eine ungewöhnlich schwere Dürreperiode im Sommer, Mangel an Arbeitskräften und zuletzt noch der überaus frühe Einbruch des Winters, behinderten die Einbringung der Ernte. Von 23 630 ha Ackerfläche konnten die Erzeugnisse nicht eingebracht werden, auf 355 000 ha Wiesen blieb das Heu ungemäht; der hierdurch entstandene Gesamtschaden belief sich auf 15 Mill. RM. Aus den gleichen Gründen war auch die Herbstbestellung stark behindert. 360 000 ha Acker oder rd. 63 % der Gesamtfläche mußten ungepflügt bleiben. In der Industrie waren die Schäden nicht minder groß. 140 Betriebe lagen in Trümmern, 45 % der industriellen Energieerzeugung und 73 % der Energie der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft waren ausgefallen. Die Vorräte im Handel beliefen sich auf nur ca. 15 % der Normalbestände. Am schwersten hatte aber wohl die kommende Aufbauarbeit unter der fast gänzlichen Vernichtung des Transportwesens zu leiden: nur 20 % des früheren Bestandes an Transportmitteln waren noch verwendungsfähig.

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten wurde auf allen Gebieten die Arbeit unverzüglich aufgenommen. Das Zentralproblem bildete verständlicherweise

der Wiederaufbau der Landwirtschaft.

In erster Linie galt es, die Folgen der bolschewistischen Maßnahmen zu beseitigen, um wieder gesunde Bauernwirtschaften zu schaffen. So wurde die bolschewistische „Bodenreform“ aufgehoben und mit

der Rückgabe des Bodenbesitzes an die früheren Eigentümer begonnen. Von dieser Anordnung wurden etwa 40 000 Bauernwirtschaften betroffen, die jetzt auf ihren Gehöften die Produktion wieder aufnehmen konnten. Zur besseren und intensiveren Nutzung des Bodens wurde für das Jahr 1942 ein Erzeugungsplan aufgestellt, der für verschiedene Früchte eine Erweiterung der Anbaufläche vorsieht. So wurde angestrebt, die Erhöhung der Kartoffelanbaufläche von 92 000 auf 120 000 ha, Flachs von 25 000 auf 30 000 ha, Gemüse von 8000 auf 10 000 ha, Sommerweizen von 43 000 auf 50 000 ha und Feldheu von 5200 auf 11 000 ha. Eine wesentliche Aufgabe bestand in der Sicherung der notwendigen Arbeitskräfte, wozu einerseits den Gemeindeältesten erhöhte Befugnisse zum Einsatz der noch freien Arbeitskräfte gegeben wurden, andererseits aber auch die städtische Bevölkerung zwischen dem 16. und 55. Lebensjahr, soweit sie nicht bereits anderweitig in Arbeit stand, zur landwirtschaftlichen Arbeit verpflichtet. Allein von diesen letzten Maßnahmen könnten etwa 25—30 000 Menschen betroffen werden. Endlich wurde auch der Umbau der Traktoren in Angriff genommen, wofür 600 Aggregate bereitgestellt wurden. Zum Wiederaufbau des Viehbestandes galt es, die an sich geringe Futtermittelbasis planmäßig zu verteilen und vor allem die Zahl der Zuchttiere zu erhöhen. In Anbetracht der schwierigen Ernährungslage gewann die Ausweitung des Gemüseanbaues besondere Bedeutung. Vor allem der städtischen Bevölkerung wurde die Möglichkeit gegeben, sich in eigenen Gemüsegärten zusätzliche Ernährungsquellen zu erschließen. Allein in Reval haben über 8000 Menschen Grundstücke und auch die notwendigen Saaten hierzu erhalten. Das gleiche Ziel lag auch der Fischereiaktion zugrunde. Ueberall, wo entsprechende Fischereimöglichkeiten vorhanden waren, wurden Fischergemeinschaften gegründet, deren Zahl sich bereits auf 519 mit rd. 20 000 Personen beläuft, die nun gemeinsam mit den erwerbsmäßigen Fischern an der Erhöhung der lebensnotwendigen Fischfänge mitwirken.

In Anbetracht der bedeutenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Brennholz wurde im Zuge der großen Waldaktion die Bevölkerung eingespannt, die zum Teil aus den Städten, zum großen Teil aber auch vom Lande kam und in über 200 000 Arbeitstagen über 1 Mill. fm Holzmaterial aufarbeitete. Zur Sicherung der Frühjahrsbestellung, vor allem zur Wiederherstellung des Maschinenparks, mußten Schritte unternommen werden. Es gelang trotz aller Schwierigkeiten, den allernotwendigsten Bedarf zu beschaffen. So wurden z. B. 4000 Pflüge, 1400 Kultivatoren und 15 000 Sensen eingeführt. Darüber hinaus konnten auch in beschränktem Umfange Motorpetroleum und auch die notwendigen Eisenmengen zur Durchführung der Reparaturen beschafft werden. Auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Absatzes gelang es, ungeachtet der Transportschwierigkeiten, über das ganze Land ein geeignetes Netz von Einkaufs- und Verkaufsstellen zu schaffen. Gleichzeitig wurde durch die Schaffung gesunder Preisgrundlagen auch den landwirtschaftlichen Produzenten die notwendige Unterstützung und

Sicherung ihrer Arbeit gegeben. Zusätzlich zu diesen laufenden Arbeiten mußten aber noch die Landwirte bei der Ueberwindung der Transportschwierigkeiten mit eingreifen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres betrug die Leistung des Pferdetransportes im Monat durchschnittlich 2,8 Mill. t/km, wozu wiederum die Bauern ihre Pferde und ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellten.

Mit gleicher Kraft wurde

der Aufbau der Industrie

durchgeführt. Während noch im Dezember nur 34 471 Arbeiter mit einer monatlichen Arbeitsleistung von 4,5 Mill. Arbeitsstunden zu verzeichnen waren, stieg ihre Zahl bis zum April 1942 auf über 36 000 mit 4,7 Mill. Arbeitsstunden. Dies war nur möglich, weil trotz aller Schwierigkeiten die wichtigsten Roh- und Hilfsstoffe herangeschafft werden konnten, die den Produktionswert von 7,7 Mill. RM im November 1941 auf annähernd 12 Mill. RM im April 1942 anwachsen ließen. Im beschleunigten Tempo wurde die Wiederingangsetzung der elektrischen Kraftstationen in Reval und Ellamaa durchgeführt, so daß beide Stationen bereits im Januar 1942 arbeiten konnten. Während im November 1941 insgesamt nur 3,5 Mill. kWh an elektrischem Strom erzeugt werden konnten, belief sich die Erzeugung im März 1942 bereits auf 7,4 Mill. kWh. Im Zuge des Wiederaufbaus können verschiedene Industriezweige bereits eine beträchtliche Produktionssteigerung aufweisen. Am bemerkenswertesten ist sie bei der Textilindustrie (Leinenstoffe, Trikot- und sonstige Textilwaren), bei der Möbelindustrie, Holzbau-materialienindustrie, Papier-, Seifen-, Zündholz- und Metallwaren-industrie.

Ein besonderes Augenmerk schenkte man auch dem Einsatz der Industrie zur Versorgung der Wehrmacht. An dieser Stelle wären u. a. die „Polarstiefel“ zu nennen, von denen in kürzester Zeit 35 000 Paar für die Front bereitgestellt werden konnten. Im Zuge dieser Wiederbelebung stiegen die von der Industrie selbständig durchgeführten Transportleistungen von einem Tagesmittel von 3100 t im Dezember 1941 auf fast 4000 t im April 1942.

Neben diesen beiden Produktionszweigen galt die besondere Sorge dem

Verkehrswesen,

denn nur nach seiner Ingangsetzung konnten die allgemeinen Bestrebungen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau die erhofften Erfolge zeitigen. Von der gesamten Eisenbahnstrecke, die durch Sprengungen der Brücken, Weichenstellungen usw. schwer mitgenommen worden war, konnten 95 % wiederhergestellt werden. Der Bestand an rollendem Material, der nahezu $\frac{4}{5}$ zerstört worden war, konnte teilweise durch Wiederinstandsetzung aufgefüllt werden. Der durchschnittliche monatliche Gütertransport auf der Schmalspurbahn erreichte bereits den Stand von 1939, während der Reiseverkehr ihn sogar übertraf.

Es galt ferner, die Wege wieder instand zu setzen, wobei im großen und ganzen die Arbeiten an den Straßen erster Ordnung als

abgeschlossen bezeichnet werden können. Für den Personenverkehr konnten außerdem noch 18 Autobuslinien geschaffen werden, während die Ingangsetzung von neun weiteren unmittelbar bevorsteht. Zur Wiederherstellung der beschädigten Kraftwagen wurden allein für den Zivilsektor 68 Reparaturwerkstätten eingesetzt, in denen 360 Autos repariert wurden. Ebenso konnten auch zur Versorgung der Zivilbevölkerung 283 Lastkraftwagen mit einer Tragkraft von zusammen 870 t zur Verfügung gestellt werden. Um trotz der erhöhten Verkehrsanforderungen die Verwendung von kriegswichtigen flüssigen Treibstoffen einzusparen, wurden an 70 Lastwagen und sieben Omnibussen Gasgeneratoren eingebaut. Die Leistungen des Pferdetransportes wurden bereits erwähnt. Auch für die Wiederbelebung der Schifffahrt konnten die notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Allein in den Binnengewässern wurden 15 kleinere Schiffseinheiten gehoben und wiederhergestellt. Gleichzeitig konnte der Postdienst und teilweise auch der Telefon- und Telegrafendienst wieder in Gang gesetzt werden.

Auf dem Gebiete des

Handels

galt es vor allem, eine genügend leistungsfähige Organisation zur Versorgung der Bevölkerung zu schaffen. Gleich zu Anfang wurden Lebensmittelkarten eingeführt, um eine gerechte Verteilung der lebensnotwendigen Nahrungsmittel sicherzustellen. In der Verordnung über die Privatisierung des Einzelhandels wurde die Voraussetzung für einen gesunden Handelsapparat geschaffen. In dem industriellen Handel war von Monat zu Monat eine Belebung zu beobachten, die in der Umsatzsteigerung von 1,8 Mill. RM im April 1942 zum Ausdruck kommt. Die Wiederbelebung des Bankenwesens kommt in dem Anstieg der Depositen zum Ausdruck, die von einem Nullbestand jetzt über 20 Mill. RM angestiegen sind.

Als eine besonders wichtige und schwierige Aufgabe erwies sich die Schaffung eines neuen, gesunden Verhältnisses zwischen Löhnen und Preisen. Die bisher getroffenen Maßnahmen können es sich fraglos zugute schreiben, daß sie trotz aller Schwierigkeiten den Grundstein für die Konsolidierung des Lohn- und Preisniveaus gelegt haben.

Zielten die bisher genannten Maßnahmen in erster Linie darauf ab, die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Gütern sicherzustellen, so wurde andererseits auch die Sorge um den schaffenden Menschen nicht außer Acht gelassen. Gemäß den Grundgedanken der Deutschen Arbeitsfront, die die große Gemeinschaft aller Schaffenden darstellt, wurde auch im Generalbezirk Estland ein Zentralverband der Berufsverbände geschaffen, dem alle Arbeiter und Angestellten angeschlossen werden. Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen konnte auch die Sozialversicherung wieder aufgebaut und auch auf die Landwirte und Handwerker ausgedehnt werden. Auch die Krankenversicherung wurde neu geschaffen und das Gesundheitspflegepersonal so eingesetzt, daß den gesundheitlichen Belangen der schaffenden Menschen jederzeit Rechnung getragen werden kann.

Endlich wäre noch zu erwähnen, daß trotz des Krieges und trotz der Schwierigkeiten auch das kulturelle Leben nicht vernachlässigt worden ist. Obwohl 30 Schulgebäude völlig und 46 weitere teilweise zerstört, rd. 13 % des Lehrpersonals verschleppt worden waren, und ungeachtet des Mangels an Heizmaterial, konnten die Schulen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Rd. 13 000 Kinder beendeten die Volksschulen und die Gymnasien gaben 1200 Abschluszeugnisse aus. Zur Betreuung der durch den Krieg besonders schwer geschädigten Personen und Familien wurde die „E st n i s c h e V o l k s g e m e i n s c h a f t s h i l f e“ geschaffen, die durch freiwillige Spenden, die auf 3,5 Mill. RM angewachsen sind, Unterstützungen an die Notleidenden zahlt. Diese Unterstützungen in Geld und in Gebrauchsgegenständen wurden an 26 000 Personen gewährt und beliefen sich auf einen Wert von 1 644 000 RM. Ebenso hat auch die ausgesetzte Zahlung von Pensionen wieder begonnen. Im Laufe von sieben Monaten wurden insgesamt über 3 Mill. RM ausgezahlt.

Aus dieser Uebersicht können wir entnehmen daß auf allen Gebieten rastlos gearbeitet worden ist und, gemessen an den gegebenen Möglichkeiten, beträchtliche Erfolge erzielt wurden. Inmitten des Krieges und in einer so kurzen Zeit darf man nicht nach einem gewaltig ansteigenden Trend fragen, sondern muß sich begnügen, wenn die Erfolgsbilanzen nachweisen, daß die Grundlagen für den Wiederaufbau geschaffen wurden. Das vom bolschewistischen Terror schwer getroffene estnische Volk aber hat die Zuversicht gewonnen, daß seine Arbeit und sein Fleiß auf einem sicheren Fundament gegründet sind, auf dem es seine Zukunft aufbauen kann.

Kriegsreformen in China.

Von M. v. B u s c h.

Im Schatten der alles überragenden militärischen Operationen im ostasiatischen Raum entwickeln sich wirtschaftspolitische Ereignisse, deren Bedeutung für den künftigen Aufbau in Ostasien nicht unterschätzt werden darf. Im besetzten wie im unbesetzten China erfolgt schon jetzt eine Entwicklung, die den Grund für den späteren Aufbau in Friedenszeiten legt. Es sind z w e i Z e n t r e n, die sich vorerst noch feindlich gegenüberstehen, die aber im Grunde genommen um dasselbe Ideal ringen — Nanking und Chungking, im Kampf um ein neues China, ein neues Ostasien. Die von Japan unterstützte Nankingregierung ist im Vormarsch, hat die Initiative in der Hand, während Chungking in der Defensive ist, deswegen aber nicht weniger aktiv sich betätigt. Unter schwierigsten Verhältnissen eines erbittert geführten, jahrelangen Krieges arbeiten beide Zentren an einem neuen Ostasien.

In Nanking ist seit anderthalb Jahren die Central Reserve Bank of China mit zunehmendem Erfolg bemüht, das Erbe der angelsächsischen Vorherrschaft wieder in Ordnung zu bringen, das nach dem Ausbruch des japanisch-angelsächsischen Krieges

im Dezember v. Js. zertrümmert wurde. Mit der Nankingregierung und den zuständigen japanischen Militärbehörden bemüht sie sich, die wirtschaftlichen Verhältnisse der neuen Lage anzupassen, das mittelchinesische Gebiet, bisher eine Domäne der angelsächsischen Wirtschaft, zum Ausgangspunkt einer neuen Wirtschaftsentwicklung zu machen. Verkehrslage, Bevölkerungsdichte, Bodenverhältnisse, Klima und Bodenschätze bestimmen dieses Gebiet als ein solches, in dem sich das Wirtschaftsleben konzentrieren und von dem aus es sich nach allen Seiten hin entfalten kann. Kaum ein anderes Gebiet in Ostasien ist so wie das mittelchinesische mit Schanghai als Zentrum hierfür geeignet. Der Zusammenbruch der wirtschaftlichen Vorherrschaft Englands und Amerikas in diesem Gebiet bedingte eine völlige Umstellung des eingespielten Wirtschaftsapparates und die Errichtung eines gänzlich neuen Wirtschaftssystems, das vorerst noch den Kriegsverhältnissen angepaßt werden muß, gleichzeitig aber auch die Arbeit nach dem Kriege unter Ausschluß der bisherigen angelsächsischen Vorherrschaft zu berücksichtigen hat. Die Währungsprobleme spielen hierbei eine ausschlaggebende Rolle. Die Central Reserve Bank in Nanking hat diese Probleme aufgegriffen und in den andert-halb Jahren ihres Bestehens beachtliche Erfolge in ihrer Arbeit verzeichnen können. Ihre Arbeit wäre erheblich erfolgreicher und schneller vorangegangen, wenn sie nicht von Chungking aus gestört worden wäre. Das Vordringen des neuen Nanking-Yüan im mittelchinesischen Gebiet ist seiner Bedeutung nach gleichzusetzen mit einer modernen Schlacht, die für den Verlauf und Abschluß des Krieges von entscheidender Tragweite ist. Solange die Angelsachsen noch die Möglichkeit hatten, in dem Handelszentrum Schanghai dem Nanking-Yüan Pfunde und Dollars entgegen zu setzen, war der Yüan behindert. Die Situation änderte sich mit dem Augenblick, als die Angelsachsen dem japanischen militärischen Druck weichen mußten. Die Central Reserve Bank in Nanking konnte mit ihrem Yüan in die bisher vom Dollar, Pfund und Chungking-Yüan gehaltenen mittelchinesischen Positionen nachstoßen. In kurzen Wochen des vergangenen Frühjahrs gab die Reserve Bank in Nanking dreimal so viel Yüannoten heraus, wie im ganzen vorgegangenen Jahr. Der Nanking-Yüan eroberte sich das mittelchinesische Gebiet, das nicht mehr Wirtschaftsdomäne der Angelsachsen war.

Mit diesem Vorstoß auf währungstechnischem Gebiet ist die Umwandlung des mittelchinesischen Wirtschaftsapparates eingeleitet worden. Wo ein Jahrhundert lang — seit dem Abschluß des Nankingvertrages von 1842, der den Opiumkrieg beendete — die Fremden geherrscht und eine ihnen allein genehme Ordnung errichtet hatten, muß eine neue Struktur entstehen, ohne Fremde oder aber mit ihrer, den ostasiatischen Interessen angepaßten Mitarbeit. Der Widerstand im besetzten mittelchinesischen Gebiet gegen die neue Ordnung ist noch nicht endgültig gebrochen. Mit den erfolgreichen, jetzt wieder eingeleiteten, japanischen militärischen Operationen in den mittelchinesischen Provinzen Chekiang und Kiangsi wird aber dieser Widerstand immer schwächer.

In Tschungking ist dieser Tage ebenfalls eine wesentliche Reform auf währungstechnischem Gebiet erfolgt. Von den bisherigen vier Regierungsbanken — Central Bank of China, Bank of China, Farmers Bank und Bank of Communications — ist durch Regierungsverordnung nur der ersteren das Emissionsrecht zugesprochen worden. Ab 1. Juli d. Js. soll innerhalb eines halben Jahres der bisherige Tschungking-Yüan durch eine neue Währungseinheit ersetzt werden. Das bedeutet eine neue Phase im Kampf der beiden Gegner — Tschungking und Nanking. Im besetzten mittelchinesischen Gebiet ist der Tschungking-Yüan außer Kraft gesetzt. Illegal besteht er aber als Zahlungsmittel weiter. In den Verhältnissen des ostasiatischen Krieges bedeutet das aber, daß Tschungking-Yüan in das besetzte Gebiet nach wie vor eindringen und den Umlauf des Nanking-Yüan stören kann. Verbietet auf der einen Seite Nanking den Umlauf des Tschungking-Yüan im besetzten Gebiet, so bemüht sich auf der anderen Seite Tschungking, den Tschungking-Yüan in dieses Gebiet hineinzupumpen. Die jetzt in Tschungking erfolgte Reorganisation der Banken gehört zu den Kriegsreformen in China, auch sie ist ein Baustein zu einer künftigen Neuordnung. Die Formen, in denen bisher die Fremden in Ostasien arbeiteten, sind zerfallen, neue Formen sind im Entstehen.

Osteuropäische Wirtschaftsschronik.

Besetzte Ostgebiete:

Gründung der Niederländischen Ostkompanie.

Besprechungen zwischen Reichminister Rosenberg und dem Reichskommissar für die Niederlande Dr. Seyß-Inquart mit führenden Persönlichkeiten aus Verwaltung und Wirtschaft der Niederlande haben die Möglichkeiten einer Teilnahme niederländischer Kreise aus Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Bankwelt an den Aufbauarbeiten in den besetzten Ostgebieten geklärt. Das Ergebnis dieser beiderseitigen Bemühungen war die Gründung der Niederländischen Ostkompanie mit Sitz in Den Haag und einem Anfangskapital von 2½ Millionen Gulden. Zum Präsidenten der neuen Gesellschaft wurde Dr. Rost van Tonningen, der Präsident der Niederländischen Bank, und zum Vorsitzenden des Vorstandes F. B. J. Gips, der Vizepräsident des Rates für die gewerbliche Wirtschaft, bestimmt. Um praktische Ansatzpunkte für die Einsatzmöglichkeiten der neuen Gesellschaft in den besetzten Ostgebieten zu finden, sind Bereisungen vorgesehen. Eine erste Bereisung des Reichskommissariats Ostland hat bereits stattgefunden.

Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens.

Durch Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete vom 24. April 1942 (Vbl. RM Ost, Seite 17) wurde die Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens in den Reichskommissariaten den Generalpostkommissaren unterstellt. Ihre fachlichen Weisungen erhalten sie ausschließlich vom Reichspostminister. Verordnungen über die Bedingungen und die Gebühren für die Benutzung der Post- und Fernmeldeeinrichtungen werden durch den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und den Reichspostminister gemeinsam erlassen.

Personen-, Familien- und erbrechtliche Verhältnisse der deutschen Staatsangehörigen.

Im Zuge der Rechtsetzung in den besetzten Ostgebieten wurde durch Verordnung vom 27. April 1942 (Vbl. RM Ost, Seite 18) für die Personen-, Fa-

milien- und erbrechtlichen Verhältnisse der deutschen Staatsangehörigen, die ihren Wohnsitz oder Aufenthalt in den besetzten Ostgebieten haben, das deutsche Recht in Kraft gesetzt. Danach können deutsche Staatsangehörige nur vor einem deutschen Standesbeamten eine Ehe schließen, auch Geburten und Sterbefälle deutscher Staatsangehöriger werden durch den deutschen Standesbeamten beurkundet. Abgesehen vom Reichskommissariat Ostland, für das eine Sonderregelung vorgesehen ist, sind Eheschließungen zwischen deutschen Staatsangehörigen und Angehörigen eines anderen Volkstums, die am 22. Juni 1941 entweder nur die sowjetische Staatsangehörigkeit besaßen oder staatenlos waren und seit diesem Zeitpunkt keine andere Staatsangehörigkeit erworben haben, verboten. Dem Verbot zuwider geschlossene Ehen sind nichtig. Deutsche Standesbeamte sind in der Regel die Gebietskommissare. Der Vollzug der Eheschließung und die von den Verlobten beigebrachten Urkunden sind dem Standesbeamten des Standesamts 1 in Berlin zur Eintragung mitzuteilen. Er gilt künftig als der Standesbeamte, vor dem die Ehe geschlossen ist.

Wirtschafts-Sondervermögen in den besetzten Ostgebieten.

Auf Grund einer Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete vom 28. Mai 1942 wird in denjenigen Teilen der Ostgebiete, die der Zivilverwaltung unterstehen, das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der UdSSR, ihrer Gliedstaaten, Körperschaften, Verbände und Zusammenschlüsse, das der Wirtschaft gedient hat, zum Sondervermögen erklärt (Wirtschaftssondervermögen) und treuhänderisch verwaltet. Verfügungen über dieses Vermögen sind nur zulässig, wenn sie im Rahmen der laufenden Wirtschaftsführung liegen, andernfalls bedürfen sie der Zustimmung des Reichsministers im Einvernehmen mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan, die zur Ausführung dieser Verordnung die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.

Reichskommissariat Ukraine:

Weitergeltung erlassener Anordnungen.

Auf Grund § 2 der Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete über die Rechtsetzung in den besetzten Ostgebieten vom 16. Februar 1942 (Vbl. RM Ost, Seite 11) sind die Reichskommissare zur Rechtsetzung auf dem Verordnungswege ermächtigt worden. Alle bis dahin von ihnen erlassenen Anordnungen hatten nur vorläufigen Charakter. Durch Verordnung des Reichskommissars für die Ukraine über die Weitergeltung erlassener Anordnungen vom 8. Mai 1942 ist den wichtigsten der früher erlassenen Anordnungen die Kraft von Verordnungen beigelegt worden. Die weitergeltenden Anordnungen betreffen das Filmwesen, Arbeitsrecht, Veterinärwesen, Steuer, Grenzverkehr, Gewerbebetriebe, Handwerk, Forstwesen, Jagdwesen, Preisbildung und Straßenverkehr (Vbl. RKU. Nr. 3, Seite 15).

Einführung eines Verordnungsblattes und eines Zentralblattes des Reichskommissars für die Ukraine.

Die bisherigen „Amtlichen Mitteilungen des Reichskommissars für die Ukraine“ haben mit Nr. 19 ihr Erscheinen eingestellt. Sie werden durch ein „Verordnungsblatt des Reichskommissars für die Ukraine“ und ein „Zentralblatt des Reichskommissars für die Ukraine“ ersetzt. Das Verordnungsblatt des Reichskommissars für die Ukraine erscheint unperiodisch nach Maßgabe sachlichen Bedürfnisses und enthält nach Art der Gesetz- und Verordnungsblätter des Reiches die vom Ostminister und vom Reichskommissar für das Gebiet der Ukraine erlassenen Verordnungen sowie Erlasse, die von besonderer Bedeutung für die politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung sind. Das Verordnungsblatt ist einem unbeschränkten Bezieherkreis zugänglich.

Das Zentralblatt des Reichskommissars für die Ukraine enthält nach Art der Ministerialblätter des Reiches Personalien, Runderlasse, Durchführungs- und Ausführungsbestimmungen, Aufrufe von Urkunden zum Zwecke der Ungültigkeitserklärung u. ä. m. Es ist ausschließlich für den inneren Dienstbetrieb bestimmt und erscheint zunächst zweimal im Monat.

Arbeitsbereich Ukraine der NSDAP.

Nach der Betreuung von Reichsleiter Alfred Rosenberg mit der Leitung des Arbeitsbereichs Osten der NSDAP. hat der Führer am 9. Mai Gauleiter Erich Koch zum Leiter des Arbeitsbereichs Ukraine der NSDAP. ernannt.

Arbeitseinsatz von Ukrainern im Reich.

In der Tätigkeit der Arbeitsämter in der Ukraine nimmt die Vermittlung für die Produktionsstätten im Reich heute einen besonderen Rang ein. Infolge der bolschewistischen Zerstörungsmaßnahmen liegt ein großer Teil der ukrainischen Betriebe still, von denen in diesem Jahr erst eine geringe Anzahl wieder in Gang gesetzt werden kann. Durch die Vermittlung ins Reich werden die Facharbeiter der Werke wieder in Lohn und Brot gebracht. Weiterhin wird ihre fachliche Kenntnis vermehrt. Sie erhalten Einblick in das deutsche Wirtschafts- und Kulturleben, so daß sie bereichert in die Heimat zurückkehren werden. Da die Arbeiter nicht ihre gesamten Einkünfte im Reich selbst verbrauchen, können sie Ersparnisse machen, so daß sie bei dem Aufbau eigener Wirtschaften und der Vergebung von Handwerksstellen, bei der die im Reich tätig gewesenenen Kräfte bevorzugt berücksichtigt werden sollen, nicht mittellos dastehen.

Im Zuge des Arbeitseinsatzes von Ukrainern im Reich fand eine Bereisung der Ukraine durch Gauleiter Sauckel, den Beauftragten des Führers für den Arbeitseinsatz, statt. Gauleiter Sauckel wies darauf hin, daß die Ukrainer im Reich überall gute Behandlung, besondere Fürsorge und Betreuung erfahren würden. Für die Benutzung der Deutschen Dienstpost sind sie zugelassen. Für ihre zurückgebliebenen Familienangehörigen wird hinreichend gesorgt. Die Verpflegung im Reich findet nach deutschen Richtsätzen statt. Ausreichende ärztliche Fürsorge ist sichergestellt worden. Anerkennend äußerte sich Gauleiter Sauckel über die Ukrainer, die bereits im Reich eingesetzt sind und sich dort gut bewährt haben.

Handels- und Vereinsrecht.

Auf Grund der „Verordnung über die Anwendung von Vorschriften des deutschen bürgerlichen, Handels- und Verfahrensrechts im Reichskommissariat Ukraine vom 20. Mai 1942“, wird die Errichtung deutscher Handelsgesellschaften, Genossenschaften und Vereine nach deutschem Recht in der Ukraine zugelassen. Jedoch ist die Zulassung nach deutschem Recht nur dann möglich, wenn die Gesellschaften, Genossenschaften und Vereine entweder von deutschen Staatsangehörigen oder Volkszugehörigen gebildet werden bzw. ein maßgeblicher deutscher Einfluß in ihnen gesichert ist. Die Zulassung bzw. die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die genannten Einrichtungen steht dem zuständigen Generalkommissar zu. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit können bis auf weiteres nicht errichtet werden.

In der gleichen Verordnung wird die Errichtung eines deutschen Handelsregisters, eines deutschen Vereinsregisters und eines deutschen Genossenschaftsregisters bei den deutschen Gerichten bekanntgegeben. Die deutschen Gerichte sind zuständig für die öffentliche Beurkundung von Rechtsgeschäften, für die öffentliche Beglaubigung von Unterschriften und Handzeichen sowie für die öffentliche Beurkundung von Tatsachen, deren Beurkundung nach deutschem Recht zur Zuständigkeit der Gerichte oder Notare gehört. Ergänzend zu diesen Bestimmungen wird festgestellt, daß in der Regel die in der Reichshauptstadt geltenden reichs- und landesrechtlichen Vorschriften und hierzu ergangene Verwaltungsvorschriften maßgebend sind.

Ausgabe von Karbowanez-Noten.

In einer Bekanntmachung vom 10. Juni 1942 (VBl. RKU. Nr. 6, Seite 34) wird die Ausgabe von Karbowanez-Noten in Abschnitten zu 5, 10, 20, 50, 100 und 500 Karbowanez angekündigt. Gleichzeitig wird das Aussehen der Banknoten beschrieben.

Lehrgänge für deutsche landwirtschaftliche Buchführung.

Als Vorbereitung für die Umstellung auf die deutsche landwirtschaftliche Buchführung in der Ukraine finden laufend Lehrgänge für ukrainische Landbetriebsbuchhalter in Kiew statt, die zu Lehrern der deutschen

landwirtschaftlichen Buchführung ausgebildet werden. Diesen Kräften ist die Aufgabe gestellt, die Buchhalter der Staatsgüter und der Gemeinwirtschaften in Lehrgängen in der deutschen landwirtschaftlichen Buchführung auszubilden.

Getreideablieferung der Betriebe.

Um die aus der Vorjahrsernte angefallenen Getreidemengen restlos zu erfassen, wurde am 20. Mai 1942 (Vbl. RKU. Nr. 4, Seite 22) eine Verordnung über die Getreideablieferung der Betriebe und der Betriebsangehörigen aus der Ernte 1941 erlassen. Danach sind Getreide, Oelsaaten und Hülsenfrüchte, soweit sie derzeit bei den landwirtschaftlichen Betrieben und Betriebsangehörigen lagern, beschlagnahmt. Ausgenommen von der Beschlagnahme sind allein je Kopf der Betriebsangehörigen und ihrer ortsansässigen Familienmitglieder 10 kg Getreide im Monat und je Stück Großvieh 1,5 kg Futtergetreide am Tag. Saatgut, das noch in diesem Jahr zur Aussaat kommt, ist ebenfalls von der Ablieferungspflicht ausgenommen.

Reichskommissariat Ostland:

Interesse der Niederlande am Wirtschaftsaufbau des Ostlandes.

In der Zeit vom 9. bis 17. Juni weilte eine vom Präsidenten der Niederländischen Bank Dr. M. M. Rost van Tonningen geführte Wirtschaftsdelegation im Reichskommissariat Ostland, um auf Aufforderung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg die Voraussetzungen für eine Betätigung der holländischen Wirtschaft im Ostraum zu klären. Dr. Rost van Tonningen steht als Präsident an der Spitze der kürzlich mit dem Sitz in Den Haag begründeten „Niederländischen Ost-Kompanie“, die alle am Aufbau in den besetzten Ostgebieten interessierten Kreise der niederländischen Wirtschaft zusammenfassen soll. In einer Reihe von Besprechungen wurden die wirtschaftlichen Ergänzungsmöglichkeiten zwischen beiden Ländern erörtert und abgestimmt. Dabei wurde ein Einsatz holländischer Wirtschaftskreise beim Wiederaufbau von Industriebetrieben, insbesondere im früheren sowjetrussischen Gebiet und ein Einsatz holländischer Fachkräfte zur Betreuung von landwirtschaftlichen Betrieben im früheren sowjetrussischen Raum, wie auch die Belieferung des Ostlandes mit hochwertigem holländischem Zuchtvieh in Aussicht genommen. Darüber hinaus wurde die Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen Holland und dem Reichskommissariat Ostland erörtert und die Errichtung einer direkten Schiffsverbindung zu einem geeigneten Zeitpunkt ins Auge gefaßt.

Nachdem in allen grundsätzlichen Fragen in den Besprechungen beim Reichskommissariat für das Ostland Uebereinstimmung erzielt werden konnte, wurde auf einer Informationsfahrt der Wirtschaftsdelegation durch die einzelnen Generalbezirke die praktische Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen erörtert und in die Wege geleitet. Während eine organisatorische Mitwirkung der Niederländischen Ost-Kompanie und ein Einsatz von Arbeitskräften mehr für die früheren sowjetrussischen Gebiete (insbesondere Weißruthenien) in Betracht kommt, bieten sich in den an die Ostsee grenzenden früheren baltischen Staaten der holländischen Wirtschaft Möglichkeiten, sich mit Kapital und Sacheinlagen am Wiederaufbau und der weiteren Ausgestaltung der Wirtschaft zu beteiligen. So wurde u. a. ein Ausbau der Häfen und eine zeitweilige Zurverfügungstellung von während der Kriegszeit nicht ausgenutzten Anlagen holländischer Häfen erwogen.

Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft.

Durch eine Verordnung des Reichskommissars für das Ostland vom 28. Mai 1942 ist der Aufbau der Selbstverwaltungsorganisationen der gewerblichen Wirtschaft im Ostland dahin geändert worden, daß die bisherige Wirtschaftskammer Ostland in eine „Hauptwirtschaftskammer Ostland“ mit dem Sitz in Riga umgewandelt wird. An Stelle der Wirtschaftsvereinigungen, die bisher als Dienststellen der Wirtschaftskammer Ostland in den einzelnen Generalbezirken bestanden, treten Wirtschaftskammern, die rechtsfähig sind und der Dienstaufsicht des zuständigen Generalkommissars unterstehen. In fachlichen und finanziellen Angelegenheiten unterliegen die Wirtschaftskammern den Weisungen der Hauptwirtschaftskammer Ostland. Die Mitglieder der Organisation der gewerblichen Selbstverwaltung sind den örtlich zuständigen Wirtschaftskammern beitragspflichtig.

Die Anschrift der Hauptwirtschaftskammer Ostland lautet: Riga, Domplatz 4, Postfach 163. Die Wirtschaftskammer Lettland befindet sich in Riga, Amatu-Straße 3, die Wirtschaftskammer Litauen hat ihren Sitz in Kauen, Grunwald 18. Die Anschrift der Wirtschaftskammer Estland lautet: Reval, Taara 66a, Haus 3.

Eine Verordnung des Reichskommissars für das Ostland vom 5. Juni 1942 regelt die Errichtung von wirtschaftlichen Zusammenschlüssen. Zum Zweck der Leistungssteigerung, Produktionslenkung und Marktregelung können nach dieser Verordnung Unternehmungen und wirtschaftliche Organisationen in rechtsfähigen Vereinen oder sonstwie zusammengeschlossen werden. Die Leiter oder Geschäftsführer der fachlichen Zusammenschlüsse werden in die Kammerorganisation eingegliedert. Die Zusammenschlüsse unterliegen dem Aufsichts- und Eingriffsrecht des Reichskommissars für das Ostland.

Verordnung über die Energie-Wirtschaft.

Eine Verordnung des Reichskommissars für das Ostland unterstellt die Energiewirtschaft (Elektrizitäts- und Gasversorgung) im Ostland der Aufsicht des Reichskommissars. Planung, Bau, Erneuerung oder Stilllegung von Energieanlagen sind nur mit Genehmigung des Reichskommissars oder der von ihm bestimmten Stellen zulässig. Nach der Verordnung genehmigungspflichtige Rechtsgeschäfte und Handlungen, die bis zum Tage der Verkündung der Anordnung vorgenommen sind, sind bis zum 31. Juli 1942 anzuzeigen. Die Tarife der Energieversorgungsunternehmen sind nach vorheriger Genehmigung des Reichskommissars öffentlich bekanntzugeben.

Erhebung über Bodennutzung und landwirtschaftliche Arbeitskräfte im Reichskommissariat Ostland.

Auf Anordnung des Reichskommissars für das Ostland fand in der Zeit vom 15. bis 22. Juli 1942 eine allgemeine Erhebung über die Bodennutzung und über die Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe statt. Die Erhebung wird von den Leitern der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften durchgeführt.

Deutsche Firmen im Ostlande.

In das Handelsregister beim Deutschen Gericht in Riga sind folgende deutsche Firmen eingetragen worden:

Georg Thalheim Akt.-Ges., Riga. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit festen Brennstoffen. Am Unternehmen ist die Firma M. Stromeier, Mannheim, beteiligt. Grundkapital: 500 000 RM.

Vereinigte Presseverlag G. m. b. H., Riga. Gegenstand des Unternehmens ist die Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, die Einrichtung einer Druckerei und Verlagsanstalt. Grundkapital: 50 000 RM.

Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland m. b. H., Riga. Die Gesellschaft ist zur Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe und Grundstücke, technischer Nebenbetriebe und Maschinen-Traktoren-Stationen im Gebiet des Reichskommissariats Ostland errichtet. Das Stammkapital beträgt 3 000 000 RM.

Telefunken-Ostland, G. m. b. H., Riga. Gegenstand des Unternehmens sind Kundendienst und Reparatur von Rundfunkgeräten, Erstellung und Betreuung von elektro-akustischen Anlagen, Vertrieb von Rundfunkempfängern, -Röhren und -Zubehör ausschließlich an Großhandelsfirmen und Fertigstellung von Rundfunkempfängern. Grundkapital: 20 000 RM.

Ingenieurbau Hellmann, Dipl.-Ing. Rudolf Hellmann. Sitz Danzig, Zweigniederlassung Riga.

Handels- und Kreditbank Akt.-Ges., Riga. Betrieb von Bank- und Finanzgeschäften aller Art. Grundkapital: 500 000 RM. Gründer und Hauptaktionär ist die Dresdner Bank.

Erfassungsgesellschaft Ostland für Häute, Felle und verwandte Gebiete, Riga. Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation der Erfassung und Verwertung von Häuten und Fellen, soweit diese für die Lederbereitung in Frage kommen, Erfassung, Verwertung und Verarbeitung von Knochen, Hufen, Hörnern, Klauen, Borsten, Federn und verwandten tierischen Produkten im Bereiche des Reichskommissars für das Ostland. Innerhalb des

Reichskommissariats ist die Gesellschaft allein zu Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks dienen, Stammkapital: 100 000 RM.

Ostland Eisenhandelsgesellschaft m. b. H. der Reichswerke Hermann Göring, Riga. Gegenstand des Unternehmens: Handel mit Eisen, Stahl, sowie Eisen- und Stahlerzeugnissen aller Art. Stammkapital: 50 000 RM.

Monopole im Ostland.

Die Monopole im Ostland werden nach Gegenstand und Umfang laut einer Anordnung des Reichskommissars für das Ostland vom 20. Februar 1942 vom Reichskommissar festgesetzt. Die Einnahmen aus den Monopolen fließen dem Reichskommissariat zu, das aus ihnen die Kosten der Monopolverwaltung bestreitet. Für die Erledigung der Aufgaben ist ein Monopolamt beim Reichskommissar geschaffen worden mit Zweigstellen bei den Generalkommissaren. Bisher besteht im Reichskommissariat Ostland ein Spiritusmonopol. Das Monopolamt ist ermächtigt, Trinkbranntwein herzustellen und Brennereien und dergl. zu übernehmen.

Generalgouvernement:

Weitgehende Regelung und Ueberwachung des Verkehrs mit gewerblichen Erzeugnissen.

Mit Verordnung vom 9. Juli 1942 (VBlGG. Nr. 60) wird die Regierung des Generalgouvernements (Hauptabteilung Wirtschaft) ermächtigt, zur Regelung und Ueberwachung des Verkehrs mit gewerblichen Erzeugnissen, Anordnungen und Weisungen über deren Erzeugung, Erfassung, Verarbeitung, Lagerung, Verteilung, Absatz, Einfuhr und Ausfuhr zu erlassen. Die Regierung des Generalgouvernements kann ihre Befugnisse teilweise oder ganz auf Bewirtschaftungsstellen übertragen. Das Anordnungsrecht der Regierung bezieht sich nicht auf solche Erzeugnisse, deren Bewirtschaftung durch Verordnung, Durchführungsvorschrift oder Anordnung anderen Stellen übertragen ist. Im Falle der Zuwiderhandlung ist die Regierung mit weitgehenden Strafbefugnissen ausgestattet. Die Verordnung trat am 1. August 1942 in Kraft.

Bewirtschaftung.

Zur Regelung und Ueberwachung der Verteilung, des Verbrauches, der Ein- und Ausfuhr von Baustoffen sowie zur Steigerung ihrer Erzeugung wurde am 1. Juli 1942 eine Bewirtschaftungsstelle für Baustoffe im Generalgouvernement mit dem Sitz in Krakau errichtet. Sie ist der Regierung des Generalgouvernements (Hauptabteilung Wirtschaft) unterstellt und mit weitgehenden Anordnungs- und Aufsichts-befugnissen ausgestattet.

Mit der Verordnung vom 4. Juni 1942 (Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Nr. 52) unterliegen der Erfassung alle der Ernährung dienenden Gartenbauerzeugnisse und gesammelte Wildfrüchte, soweit sie nicht im Haushalt des Erzeugers oder Sammlers verbraucht werden. Die Höhe des Eigenverbrauchs ist in der Verordnung nicht begrenzt worden. Der Gouverneur bestimmt Sammelstellen oder Aufkäufer, an die die überschüssigen Erzeugnisse abzuliefern sind. Die Erfassungsstellen sind verpflichtet, die Verteilung nach den Weisungen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft beim Gouverneur des Distriktes vorzunehmen. Der Gouverneur ist zu Einzelweisungen und Ausnahmen berechtigt, insbesondere kann er den Erzeugern Ablieferungskontingente auferlegen.

Mit Anordnung vom 15. Juni 1942 (Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Nr. 53) unterliegt in Zukunft der Anbau von Zichorie im Generalgouvernement der Genehmigungspflicht. Die bereits angebaute Zichorie ist anzu-melden und gilt als beschlagnahmt.

Das Verkehrswesen im Generalgouvernement.

Nach einer Verordnung des Generalgouverneurs kann die Regierung zur Beseitigung von Verkehrsnotständen für Gütersendungen einen bestimmten Verkehrsweg und ein bestimmtes Verkehrsmittel vorschreiben.

Für das Gebiet des Generalgouvernements ist eine erweiterte Gebietsverkehrsleitung vorgesehen, die nach dem Muster der Zentralverkehrsleitstelle am Sitz der Generalbetriebsleitung Ost der Deutschen Reichsbahn in Berlin eingerichtet werden soll. Ihre Aufgabe besteht in einer zweckmäßigen, den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft angemessenen Verteilung des Eisenbahnladeraumes im Bereich der Ostbahn.

Zur Regelung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Generalgouvernement ist mit Verordnung vom 17. Juli 1942 die Beförderung von Gütern mit Nutzkraftfahrzeugen im grenzüberschreitenden Verkehr genehmigungspflichtig. Die Genehmigung kann auf Antrag als Einzelgenehmigung oder zeitlich befristete Genehmigung zuverlässigen und leistungsfähigen Unternehmen zur Durchführung von kriegs- und lebenswichtigen Beförderungen oder Fahrten erteilt werden, jedoch nur dann, wenn Gewähr dafür besteht, daß die Kraftfahrzeuge auf der Hin- und Rückfahrt genügend ausgelastet sind.

Im Generalgouvernement ist für zeitlich befristete Genehmigungen die Regierung des Generalgouvernements (Hauptabteilung Innere Verwaltung) und für Einzelgenehmigungen der Gouverneur, in dessen Distrikt das Fahrzeug seinen Standort hat, zuständig. Die Unternehmer des Generalgouvernements haben ein Fahrtennachweisbuch nach amtlichem Muster zu führen, das bei der Fahrt stets mitzuführen ist. Unternehmer und Unternehmen, die Güter gewerbmäßig im grenzüberschreitenden Güterfrachtverkehr befördern, sind an die behördlich festgelegten Beförderungstarife gebunden. Diese Richtlinien gelten nur für den zivilen Sektor.

Zollverordnung für das Generalgouvernement.

Am 16. Januar 1942 ist eine Zollverordnung für das Generalgouvernement erlassen worden, nach der das Generalgouvernement zum einheitlichen Zollgebiet mit eigener Zollhoheit erklärt wird. Der Zollverwaltung des Generalgouvernements obliegt die Verwaltung der Zölle, Verbrauchssteuern und Monopole, deren oberste Behörde die Hauptabteilung Finanzen bei der Regierung des Generalgouvernements ist. Ihr sind als örtliche Zollbehörden die Hauptzollämter angegliedert mit Zollämtern als Hilfsstellen.

Ein- und Ausfuhrzoll werden nach den Zollsätzen und den Maßstäben des Ein- und Ausfuhrzolltarifs des Generalgouvernements gemäß der Verordnung vom 4. September 1941 (VBlGG. S. 57) erhoben. Dabei gilt für die Einfuhr von Waren aus dem deutschen Zollgebiet ein Vorzugstarif. Die Regierung des Generalgouvernements (Hauptabteilung Finanzen) ist ermächtigt, die Zollsätze durch Anordnung zu ändern. Handelsverträge können eine Abweichung von den Zollsätzen bedingen. Durchfuhrzölle werden bis auf weiteres nicht erhoben.

Die Regierung des Generalgouvernements wird ermächtigt, Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenzen des Generalgouvernements anzuordnen. Die neue Zollverordnung tritt am 17. August 1942 in Kraft und löst die Zollverordnung vom 17. November 1939 und deren Durchführungsverordnungen mit Ausnahme der vierten (Punzierungstätigkeit) und sechsten (Zollermäßigungen und Zollbefreiungen) ab.

Die erste Durchführungsverordnung zur Zollverordnung für das Generalgouvernement ist am 17. Januar 1942 erlassen. Alle zum deutschen Zollgesetz ergangenen und ergehenden Durchführungsbestimmungen finden danach sinngemäß Anwendung auch für das Generalgouvernement, soweit nicht die Durchführungsvorschriften zur Zollverordnung für das Generalgouvernement vom 16. Januar 1942 etwas anderes bestimmen. Dabei tritt an die Stelle des Reichsministers der Finanzen und der Oberfinanzpräsidenten die Regierung des Generalgouvernements (Hauptabteilung Finanzen).

Für die Zollabfertigung von Waren wird eine Zollabfertigungsgebühr (Tarif in Anlage 1) erhoben. Die Anlagen 2, 3 und 4 bringen Listen von Waren, deren Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr durch das Generalgouvernement verboten ist. Ausnahmen sind nur mit besonderer Genehmigung zulässig.

Für verbrauchssteuerpflichtige Waren ist außer Zoll und Abfertigungsgebühr die Verbrauchssteuer zu entrichten, desgleichen bei monopolgebundenen Waren eine Monopolabgabe. Die Durchführungsvorschrift tritt am 17. August 1942 in Kraft.

Zollverwaltung.

Die Anordnung über den Aufbau der Zollverwaltung des Generalgouvernements vom 13. Juni 1942 bestimmt die Hauptzollämter, Zollämter und Zollzweigstellen mit ihren Amtsbereichen, die zur Durchführung der Zollverordnung eingesetzt werden. Daneben werden Bestimmungen über die Zollfahndungsstellen getroffen.

Die Zölle, Verbrauchssteuern und Monopolabgaben werden von den Zollkassen der Hauptzollämter und Zollämter erhoben. Verbrauchssteuern können mit Ausnahme von Krakau, Lemberg, Lublin, Radom, Warschau und einigen anderen Städten auch bei den Finanzkassen der Finanzinspektoren eingezahlt werden.

Eintragungen deutscher Firmen in das Handelsregister.

In das Handelsregister des Deutschen Gerichtes in Krakau ist als Binnenschiffahrtsunternehmen die Weichselländische Schifffahrts A.-G. mit einem Aktienkapital von 3 Mill. Zl. eingetragen worden. 75 % des Aktienkapitals befinden sich in den Händen der Regierung des Generalgouvernements und 25 % im Besitz der Jaworznoer Steinkohlengruben A.-G., Jaworzno, O.-S. Das neu gegründete Unternehmen übernimmt die Aufgaben, die bisher von der Zegluga Polska S. A. in der Weichsel-Schifffahrt erfüllt wurden und will darüber hinaus den Schifffahrtsverkehr auf der Weichsel wesentlich erweitern, wofür die maßgebende staatliche Beteiligung Gewähr bietet. Neben Kohlenbeförderung und Transporten aller Art wird auch die Personenschifffahrt betrieben. Der Gesellschaftsvertrag sieht die Errichtung von Werften, Verlade- und Löscheinrichtungen, den Neubau von Schiffsraum sowie Kies- und Sandgruben vor.

In das Handelsregister des Deutschen Gerichts in Krakau wurde die Mannesmann-Handelsgesellschaft m. b. H. als Zweigunternehmen der Mannesmann-Röhrenwerke, Düsseldorf, mit einem Stammkapital von 100 000 Zl. eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit allen Erzeugnissen des Hauptunternehmens und seiner Tochtergesellschaften sowie der Handel mit den Erzeugnissen anderer Unternehmen auf gleichen und verwandten Wirtschaftsgebieten, die nicht im Reich, im Protektorat oder im Generalgouvernement von den Syndikaten der eisenschaffenden Industrie bewirtschaftet werden, ferner die Beteiligung an solchen Unternehmungen sowie der Betrieb von Unternehmungen aller Art, die auf Lagerung, Absatz und Beförderung der genannten Erzeugnisse gerichtet sind.

In das Handelsregister des Deutschen Gerichts in Warschau ist die Chemische Werke Winnica A. G., Winnica, Kr. Warschau, eingetragen. Das Aktienkapital beträgt 2 Mill. Zl. Gegenstand des Unternehmens sind Erzeugung und Verkauf von chemischen Produkten aller Art. Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 28. Januar 1942 ist die Satzung neu gefaßt und dem deutschen Aktienrecht angepaßt worden.

Finnland:

Die deutsch-finnischen Wirtschaftsbesprechungen,

die seit dem 29. Mai in Berlin geführt wurden, sind am 9. Juni abgeschlossen worden. In den Vereinbarungen ist eine Ausweitung des beiderseitigen Warenverkehrs vorgesehen.

Das Zahlungsabkommen mit Schweden

vom August 1940 wurde von der finnischen Regierung zum 1. Juli 1942 gekündigt. Am 29. Juni 1942 wurden in Stockholm Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Abkommens aufgenommen.

Der Volkswirtschaftliche Rat

trat Mitte Mai 1942 unter Vorsitz des Finanzministers zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Rat besteht aus 35 Vertretern verschiedener Ministerien und Wirtschaftszweige und ist der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Finanzministeriums angegliedert. Auf der Sitzung wurden Fragen der Aufstellung eines Finanzprogramms für die finnische Wirtschaft erörtert.

Der „Zentralverband der Versicherungsgesellschaften Finnlands“

wurde Ende Juni 1942 gebildet. Bei der Gründungsversammlung meldeten sich bereits 46 Versicherungsgesellschaften als Mitglieder dieser Zentralorganisation, die zusammen 90 % der jährlich einkassierten Prämien vertreten.

Eine Erweiterung des Binnenwasserstraßenverkehrs

wird von der finnländischen Regierung mit Hilfe verschiedener Anordnungen gefördert. Zur Entlastung der Eisenbahnen und Verkehrsstraßen sollen die Binnenwasserstraßen im Frachtverkehr stärker als bisher ausgenutzt und die sonstigen Beförderungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Das Land ist in Wasserstraßengebiete und -bezirke aufgeteilt, die Fahrten und Frachtbeförderungen erfolgen je nach ihrer Dringlichkeit auf Anweisung der Gebiets- und Bezirksleiter, wobei in der ersten Jahreshälfte in erster Linie Holzladungen, im Herbst vor allem Landwirtschaftserzeugnisse befördert werden sollen.

Ansteigen der Industrieproduktion.

Die seit Kriegsausbruch mit der Sowjetunion im letzten Sommer anhaltende Schwächung der Industrieproduktion, ist in den letzten Monaten behoben worden, da die Industrie beginnt, sich den Verhältnissen anzupassen. Dies trifft für die Binnenmarktindustrie in stärkerem Maße als für die Exportindustrie zu. Bezeichnet man den Stand von 1935 mit 100, so betrug die Indexziffer für den Wert der Binnenmarktindustrie im letzten Quartal 1941 — 173, im ersten Quartal von 1942 — 203 (im ersten Quartal für 1941 — 212). Obwohl auch die Preissteigerung hierbei in Betracht zu ziehen ist, ist eine bedeutende Produktionssteigerung seit dem Jahreswechsel festzustellen. Für die Exportindustrie betragen die entsprechenden Zahlen 33 (letztes Viertel von 1941), 37 (erstes Viertel von 1942) und 45 (erstes Viertel von 1941); auch hier ist also eine Besserung festzustellen, besonders, wenn man die bereits vom III. auf das IV. Quartal erfolgte Steigerung der Indexziffer von 30 auf 33 in Betracht zieht.

Neue Betriebe.

In Nokia bei Tammerfors wird von der A. G. Siuro eine Gerbmittelfabrik gebaut. Die Gerbstoffe sollen aus einheimischen Rohstoffen gewonnen werden.

Eine Wollspinnerei soll im Herbst 1942 in Mäntsälä vom Verband der finnischen Kriegsinvaliden in Betrieb genommen werden. Die Rohstoffe sollen vorläufig aus Schweden bezogen werden.

Für den Bau einer Anlage zur Erzeugung von Holzkohle hat der finnische Riksdag einen Betrag von 25 Mill. FM veranschlagt.

Die Möglichkeit, in Otanmäki Eisenerze zu gewinnen, soll von einem durch die Regierung ernannten Komitee geprüft werden.

Die Aussichten in der Landwirtschaft

stehen in Finnland im Mittelpunkt des Interesses. Nachdem Finnland vor Ausbruch des ersten Krieges gegen die UdSSR eine etwa 80%ige Selbstversorgung mit Brotgetreide erreicht hatte, verminderten sich die Ernten 1939/40 infolge des Arbeitermangels und der vom Kriege bedingten Verwüstungen in den südöstlich gelegenen Agrargebieten des Landes bis auf die Hälfte; jetzt besteht Hoffnung auf eine Steigerung der Ernteerträge. Gefahren für die Aussaat bilden der Frost, da auch der Juni sehr kalt war, sowie zahlreiche Schädlinge. Infolge des Saatgutmangels konnten in diesem Jahr nur 5 kg je ha gegenüber 10 kg in normalen Jahren ausgesät werden.

Nach der kürzlich in Finnland durchgeführten Tierzählung ist folgender Bestand vorhanden: Pferde 273 838, Kühe 1 031 645, Kälber 305 006, Schafe 352 016, Jungschweine 103 713 und Mastschweine 24 127.

Im Auftrage des Volksversorgungsministeriums wurden von den finnischen Zellstoffwerken insgesamt 80 000 t Futterzellstoff erzeugt, von denen 50 000 t bereits abgeliefert wurden, während der Rest noch lagert. Auch für den kommenden Winter wird das Ministerium voraussichtlich größere Mengen für Zwecke der Viehfütterung bestellen.

Ostasien:

Einrichtung landwirtschaftlicher Schulen in Malaya.

In Kuala Lumpur (Malaya) sollen demnächst landwirtschaftliche Schulen eingerichtet werden. Japanische Lehrer sind bereits hierzu angeworben. Man verspricht sich japanischerseits von solchen Schulen eine wesentliche Besserung der Ernteergebnisse in Malaya, da die bisher dort angewandten Methoden der Bodenbewirtschaftung sehr primitiv waren und auch durch die Art der Ernteeinbringung erhebliche Verluste entstanden.

Ausbeutung von Wolframerzen in Birma.

Japanische Industriefirmen haben mit der Organisation der Ausbeutung von Wolfram in Birma begonnen. Die Kobayashi Bergbau A. G. und der Mitsubishi-Konzern haben das Recht zum Abbau in Nord- und Südbirma erhalten. Beide Firmen verfügen über praktische Erfahrungen in Südostasien. Die abgebauten Erze sollen möglichst an Ort und Stelle weiter verarbeitet werden, um Transporte zu vermeiden. Mit der Zeit soll auch die Herstellung von Fertigerzeugnissen in Birma selbst organisiert werden.

Neue Anleihe von der Tschungking-Regierung aufgelegt.

Die Tschungking-Regierung hat eine neue Anleihe aufgelegt im Betrage von 1 Milliarde Yüan. Als Deckung benutzt die Regierung einen von England gewährten Kredit in Höhe von 5 Millionen Pfund. Ueber die Einlösungsfrist der Anleihe werden keine Angaben gemacht. Die Tschungking-Regierung hat mit schweren Inflationerscheinungen in Zusammenhang mit einer Warenverknappung zu kämpfen, von denen besonders die Beamten hart betroffen werden. Man bringt die Anleihe mit den Bemühungen der Tschungking-Regierung in Zusammenhang, der Inflation wirksam zu begegnen, wozu auch britische und amerikanische finanzielle Hilfe in Anspruch genommen wird.

Reisversorgung für 1942 gesichert.

Gelegentlich einer Konferenz im Landwirtschaftsministerium erklärte der japanische Landwirtschaftsminister Ino, daß die Reisversorgung Japans für dieses Jahr gesichert sei. Altjapan stünden etwa 40 Mill. koku (1 koku = 164 kg) aus den Südseegebieten zur Verfügung. Die Regierung bemühe sich nach wie vor um die Versorgung der altjapanischen Landwirtschaft mit Kunstdünger und Arbeitskräften. Der Reis aus dem Süden sei nur als Zuschuß zu betrachten, während Japan, die Mandschurei, Korea und Formosa nach wie vor als hauptsächlichste Träger der Versorgung Altjapans mit Reis zu betrachten seien. Die Beibehaltung dieses Grundsatzes sei vor allem von militärischen Verhältnissen bedingt.

Finanzielle Lage des Aikawa-Konzerns.

Der Präsident des Aikawa-Konzerns berichtete gelegentlich der Bekanntgabe der letzten Halbjahresbilanz des Konzerns, daß die finanzielle Lage des Unternehmens gut sei. Der Konzern habe eine Dividende von 8 % an Privatinhaber und 4 % an die Regierung ausgeschüttet. Der Reingewinn habe 36 Mill. Yüan betragen. Bekanntlich spielt der Aikawa-Konzern in der Industrialisierung der Mandschurei eine führende Rolle. Der Ausbruch des japanisch-angelsächsischen Krieges hat die Pläne des Konzerns bezüglich der Heranziehung amerikanischen Kapitals zur Industrialisierung der Mandschurei umgeworfen und damit eine gewisse Umstellung verursacht, die aber offenbar auf die Geschäftsabwicklung des Konzerns keinen wesentlichen Einfluß ausübte.

Mitsui-Konzern auf Flugzeugbau umgestellt.

Der Mitsui-Konzern hat sich intensiver als bisher auf den Flugzeugbau umgestellt. In den letzten Monaten übernahm er die Gewinnung von Aluminium, die Aluminium-Raffinierung und den Bau von Apparaten. Zur Vervollständigung fehlt nur noch der Bau von Motoren, über den z. Zt. noch verhandelt wird. Es wird angenommen, daß Mitsui auch noch den Motorenbau aufnehmen wird, wodurch der japanische Flugzeugbau eine wertvolle Ergänzung erfahren dürfte.

CHRISTEN HANSEN

Deutschland, England und ich

Christen Hansen, ein aufrechter Däne, ein kluger Beobachter und ein glänzender Journalist, hat jahrelang in England gelebt und machte im Auftrage eines englischen Verlages vor Beginn des jetzigen Krieges eine Studienfahrt durch Deutschland.

Was er in Deutschland sah und was er in England erlebte, was er aus Kenntnis dieser beiden Welten für seine Heimat Dänemark folgerte und was zunächst für englische Leser gedacht war, erschien wegen des Krieges in Dänemark unter dem Titel: „Dänemark in Europa.“

Der deutsche Leser findet Deutschland und England im Spiegel dänischen Humors und dänischer Ironie. Daß Hansen aus dem Vergleich zwischen Deutschland und England über die äußere und innere Situation Dänemarks aufschlußreiche Erkenntnisse zieht, gibt dem Buch eine überstaatliche Bedeutung.

Aus diesem Werk weht uns eine frische, kecke, europäische Brise um die Nase, daß wir vergnüglich schmunzelnd dies ursprünglich für englische Leser bestimmte Buch als Zeichen eines ersten europäischen Verstehens aus unserem nördlichen Nachbarland begrüßen.

182 Seiten, kartoniert RM 4,20

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung

Verlag Grenze und Ausland GmbH., Berlin W 30

Berliner Monatshefte

Juli 1942

Aus dem Inhalt:

Staatssekretär a. D. Werner Freiherr von Rheinbaben
Außenpolitische Kriegsschönheit

Professor Dr. Eugenio Passamonti
Der Schicksalskampf um das Mittelmeer

Bismarcks Entlassung, II
Aufzeichnung des † Grafen Carl von Wedel

Gesandter a. D. Dr. Franz Olshausen
Das böse Beispiel (Panama 1902—1942)

Buchbesprechungen

Preis: vierteljährl. RM 2,50

Quader-Verlag August Bach, Berlin W 15, Knesebeckstr. 52

Als größte ostpreußische Tageszeitung
ist die

Preußische Zeitung

im ostdeutschen Raum ein unentbehrlicher Faktor

Auskunft über Werbung erteilt stets gern unsere Werbeabteilung,
Königsberg (Pr), Selkestraße 3/4

Königsbergs Handels- und Industriehafen

ist der
östlichste deutsche Großhafen
und der

Zwischenhandelsplatz Mittel- und Westeuropas
im Verkehr mit den Oststaaten

Niedrige Hafenabgaben

Günstige und preiswerte Bedingungen für Umschlag und Lagerung
aller Güter

Pflegliche und allen neuzeitlichen Anforderungen entsprechende
Behandlung aller Güter

Eisfreier Zugang während des ganzen Jahres

Regelmäßige Verbindung nach allen Hafenplätzen
der Ostsee, Nordsee und des Kanals

Auskunft erteilt die

Königsberger Hafengesellschaft
m. b. H.